

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44.

Mittwoch, den 21. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Der Ausgang der Statdebatte.

Zu Beginn des 6. Tages drohte die erste Statberatung sich in Detailskram zu verzetteln. Die sehr berechtigten Klagen des Volkes über die skandalösen Wahlvorgänge im Wahlkreis Schweser riefen zwar nicht den Nächstbeteiligten, den vorläufigen Mandatsinhaber von Halem, wohl aber seinen Parteifreund, den Reichsparteiführer Schulz, auf den Plan, der sich jetzt bereits krampfhaft bemüht, das 15. Mandat, das der Partei erst Fraktionsstärke gibt, zu retten. Die Sorgen sind begreiflich, da ja Herr von Liebert bedenkenlich wackelt; aber diese Fraktionschmerzen haben mit der Statberatung wirklich nichts zu tun.

Zu großen Gesichtspunkten führte die Debatte erst Genosse David zurück, der die wichtigsten Probleme unserer inneren und äußeren Politik Revue passieren ließ. Als nächste Aufgabe bezeichnete unser Fraktionsredner die durchgreifende Demokratisierung Deutschlands. Das Haupthindernis der freiheitlichen Entwicklung sind die deutschen Mandatschuss, die Sunkel Ostelbiens. Eingehend wies unser Redner nach, wie der Sammelruf des Reichskanzlers, der in der Tat eine Kriegserklärung gegen den in den Wahlen so deutlich zum Ausdruck gekommenen Willen des Volkes ist, vollkommen aussichtslos bleiben muß, wenn die Liberalen nicht die völlige Zertrümmerung ihrer Grundsätze und Parteien selber besorgen wollen. An der Wegräumung des Mandatschusses sind die Liberalen in erster Linie interessiert. Wir gehen mit ihnen zusammen, um die Bahn frei zu machen für die weitere Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Mit dem Hinweis auf die weltgeschichtliche Mission des Sozialismus schloß der Redner seine Ausführungen, die starken Beifall auf unsern Bühnen fanden. Eine ausgedehnte und in ihrer politischen Wirkung der Reden sehr genehme Auseinandersetzung über die Präsidentenkrise bildete den Schluß der Statberatung. Von unserer Seite waren daran beteiligt die Genossen Bebel und Haase, von nationalliberaler Seite Herr Schiffer, als Vertreter des rechten, Herr Dr. Junck als Vertreter des linken Flügels, außerdem Herr Groeber vom Zentrum und der Fortschrittler Dr. Müller-Meinigen. Den Streitpunkt bildeten die Verpflichtungen oder vielmehr die angeblichen Verpflichtungen, die der sozialdemokratische Vizepräsident unter Fraktionsgarantie übernommen haben soll. Natürlich handelt es sich nicht um die staatsrechtlichen Verpflichtungen, denen kein Sozialdemokrat sich zu entziehen gedenkt, vielmehr um die höfischen, die Herr Gröber, einstmals Zentrumsdemokrat, als „ungeschriebenes Recht“ anspricht — ungeschrieben in der Tat, aber „Recht“ nur dann, wenn man zwei so grundverschiedene Begriffe, wie Brauch und Recht, gleichsetzt. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß im Laufe von Unterhaltungen und Verhandlungen unverbindliche Worte fallen, die auch ohne den Willen zur Verdringung von der Gegenseite so ausgelegt werden, wie es ihr am besten in den Kram paßt. Wenn nun vollends die Gegenseite, d. h. hier die Nationalliberalen, in einen rechten und einen linken Flügel zerfällt, wenn Herr Schiffer, den's nach rechts zieht, im Laufe der Unterhandlung die ursprünglichen Unterhändler ablöst, dann kann es nicht anders kommen, als es gekommen ist, nämlich zu Mißverständnissen, die aber bei Lichte gesehen den Nationalliberalen garnicht mißlieblich sind, weil sie ihnen den Vorwand liefern, durch das kaudinische Sodj zu kriechen, das die ihre Partei beherrschenden Industriekonservativen aufgerichtet haben. Vom Kaiserhoch und von Hofgängererei redet man, aber diese Redereien sind nur der ideologische oder vielmehr phrasologische Vorhang, hinter dem sich der Sieg Schiffers über Bassermann, des Bestbes über die Bildung vollzieht.

Der agrarische Zirkus.

Die 19. Generalversammlung des Bundes der Landwirte begann am Montag im Sportpalast zu Berlin. An der Eröffnungsversammlung, die vom Bundesvorsitzenden Dr. Rösicke eröffnet wurde, nahmen etwa 6000 Personen teil. Der mit lebhaftem Beifall begrüßte Bundespräsident ging näher auf die „schweren Reichstagswahlen“ ein. Der Bund mache nicht den Eindruck, als ob er auf dem Boden liege, sondern seine Kraft zeige sich heute ungehört. Die Sozialdemokratie könne jublieren, denn die Liberalen haben ihr den Sieg gebracht. Das Maß der politischen Verwirrung sei groß, daher dürfe die Aufklärung nicht versagen. Mit orientalischem Gepränge sei der Wahlkampf geführt worden: äußerlich glänzend und

innerlich hohl und faul. Der Erfolg war die Herrschaft der Partei, deren Einfluß man zu brechen vorgab. Auch der Hansabund wollte gegen die Sozialdemokratie kämpfen zugunsten des Handels und des Gewerbes. Aber die Folge war, daß die Liberalen zu Trabanten der Sozialdemokratie gemacht wurden. Die Vertreter von Handel und Gewerbe wurden nicht vermehrt, sondern um 16 Proz. verringert. Der Liberalismus wurde geschlagen, trotzdem frohlockt er noch über den Sieg der Sozialdemokratie. Man einigte sich sogar bei der Präsidentenwahl auf einen Vizepräsidenten, der die schwersten Beleidigungen gegen das Herrscherhaus ausgesprochen hat. Ein Viertel der Vertreter des Reichstags sind ausgesprochene Republikaner, und nach der Präsidentenwahl zu urteilen, muß man annehmen, daß es außerdem auch noch viele unausgesprochene Republikaner im Reichstage gibt; das ist eine Gefahr, die zu unterschätzen noch gefährlicher ist, als die Tatsache selbst. Man dürfe daher nicht warten, wie der Reichskanzler es wünscht, bis die Sozialdemokratie zu gefährlichen Taten schreitet, sondern die Regierung müsse schon vorher all ihre Energie anwenden, um eine Revolution zu verhindern. Die heutige politische Konstellation ist sogar mit herbeigeführt worden von Leuten des Hansabundes, die sich der Umgebung des Kaisers rühmen. Entweder war die Klarheit der Übersicht bei ihnen nicht vorhanden, oder sie haben gewußt, wohin die Reise geht. In diesem Falle müsse es den Anwesenden überlassen bleiben, den Charakter solcher Leute zu würdigen. Der Philosoph von Sanssouci, dessen 200jähriger Gedenktag kürzlich gefeiert wurde, habe im entscheidenden Augenblick die Philosophie zur Seite gelegt und Taten gezeigelt. Es scheint, daß dieser Geist in Preußen geschwunden ist. So konnte sich die Partei entwickeln, die den Umsturz des Staates und des Reiches zum Ziele hat. Den Mitgliedern des Bundes der Landwirte ist der Kaiser nicht eine Einrichtung, sondern eine Person, dem sie Treue bis zum letzten Augenblicke bewahren werden. — Mit einem Kaiserhoch schloß Rösicke seine mit lebhaften Zustimmung begleitete Rede.

Dann trat als zweiter Redner Frhr. v. Wangenheim auf die Tribüne, der einleitend betonte, der Bund habe sich von allem Anfang an in besonderem Maße der Fürsorge der deutschen Demokraten erfreut, die ihn mit Hohn und Spott überschütteten. Aber dadurch stehe der Bund heute in unerschütterlicher Kraft und mit zunehmender Mitgliederzahl da. Dann kam der Redner ebenfalls auf die Reichstagswahlen zu sprechen. Der schmerzliche Verlust der Konservativen müsse wieder eingebracht werden. Er sei zum nicht geringen Teil auf die Konservativen selbst zurückzuführen, die den Liberalismus überhöhten und die nicht annehmen, daß dieser sich mit der Sozialdemokratie verbinden würde. Man sehe jetzt vor einem Wendepunkt in der deutschen Geschichte, wo das Volk sich scheiden werde nach zwei Richtungen. — Dem Bund sei es gelungen, bei dem Zolltarif zwar nicht genügende, aber doch große Erfolge zu erzielen. Es sei zwar ein großes Geschrei gegen den Zolltarif erhoben worden, in Wirklichkeit ist durch ihn aber doch ein Aufschwung von Handel und Gewerbe und der gesamten Industrie des deutschen Vaterlandes erzielt worden, wie er vorher nicht zu verzeichnen war. Die fällige Krise wurde spielend leicht überwunden, da die Industrie einen Rückhalt hatte an der aufstrebenden Landwirtschaft. Steigende Löhne und Sicherheit der Arbeit war die Folge des Zolltarifs für die deutsche Arbeiterschaft. Es ist zwar Pflicht, in dieser Weise für die deutschen Arbeiter einzutreten, nicht aber dafür, daß in kurzer Zeit unmaßige Löhne gezahlt werden und hinterher Arbeitslosigkeit eintritt. — Bei der Bülowschen Sammelpolitik haben wir Opfer gebracht. Als es sich aber zeigte, daß die Finanzreform auseinander war, uns wirtschaftlich zu ruinieren, und das preußische Wahlrecht uns erdrücken sollte, da mußte es mit dem Bülowschen zum Krach kommen. Wir brachten aber trotzdem die Finanzreform mit zustande, wodurch die finanzielle Lage des Reiches gesichert wurde. Kein Beruf hat darunter gelitten, Handel und Gewerbe nahmen einen dauernden Aufschwung. Für keinen Stand im Deutschen Reich ist durch die andern Stände so viel getan worden, als für die Arbeiter; dessen sollten sich diese bewußt werden. Sie haben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, und wenn sie an Steuern für das Reich nur einen Bruchteil dessen aufbringen würden, was sie für sozialdemokratische Verheerung zahlen, dann würden sie noch ein gutes Geschäft machen. — Im Kampf unserer Gegner zeigte sich auch in hohem Maße ein jüdischer Einfluß, der einen verstärkten Antisemitismus im deutschen Volke auslösen wird. Andererseits zeigte der Wahlkampf, daß die konfessionellen Gegensätze immer mehr überbrückt werden. Das vornehmste Ziel müsse sein, das Trennende zu beseitigen; doch müsse man dem Reichskanzler widersprechen, der sagte, der Ruf zur Einigung müsse aus dem Volke kommen. Dieser Ruf sei schon seit langer Zeit erfolgt, nur habe ihn der Kan-

ler nicht rechtzeitig verstanden. Wenn wir vorwärtskommen und das erhalten wollen, was uns die Einigung des Reiches gebracht, dann muß die Regierung dafür sorgen, daß, wenn wir an das große Werk der Einigung herantreten, uns nicht durch die Geleitzüge Knüttel zwischen die Beine geworfen werden, wodurch die Klust erweitert wird. Was aber haben wir erleben müssen? Aktive und inaktive Staatsminister sind in mehreren deutschen Staaten aufrichtige Förderer der Sozialdemokratie gewesen und ein großer Teil unseres Beamtenums hat bei den Wahlen für den Liberalismus und indirekt für die Sozialdemokratie gearbeitet. Eine sachliche und klare Kritik all dieser Zustände möge man nicht verbunkeln und mit einem Reulenschlag beantworten. — Es wurde eine Wahlparole verlangt; wir brauchen aber nicht immer eine solche. Unsere Parole ist: Ein starkes deutsches Vaterland, einen christlichen Staat, eine starke Monarchie. Der Weg dazu ist: die Sicherung der Grundlagen dieses Staatswesens, Schutz jeder ehrlichen Arbeit, der Landwirtschaft und des gesamten Mittelstandes. Redner schloß: Wir bleiben die Alten, in Treue zu Kaiser und zu Gott, aber auch in Treue zu uns selbst!

Dann trat, ebenfalls lebhaft begrüßt, Dr. Dieckhoff auf, der Direktor des Bundes, auf, der in dieser Rede hieß und der dann den Geschäftsbericht für 1911 erstattete. Ein Geschäftsbericht lag auch gedruckt vor. Nach diesem hat der Bund im vergangenen Jahr sein neues Heim — einen massigen Palast in der Dessauerstraße — bezogen. Im Geschäftsjahre hielt der Bund 19 892 Versammlungen, 111 volkswirtschaftliche Lehrgänge und politische Aufklärungskurse mit 4166 Teilnehmern ab. Am Lehrgang für Redner des Bundes nahmen 167 Herren teil. Die Agitation wurde gefördert durch das Bundesblatt, durch die Korrespondenz des Bundes, durch Errichtung von Bibliotheken an verschiedenen Orten und durch das Preß-Archiv. Berichtet wird dann noch eingehend über die Einrichtungen des Bundes: Die Sterbe- und Unterstützungskasse, Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, Abteilung für Rechts- und technische Auskünfte, Abteilung für Versicherungswesen, für Buchführungs- und Maschinenwesen, über die Saatgutabteilung, die Vermittlung von Düngern und Futtermitteln, den Revisionsverband und über die genossenschaftliche Zentralkasse.

Im weiteren Verlauf der Versammlung behandelte v. Oldenburg-Januschau die Reichstagswahlen, Farrer Heckenroth die Wirtschaftspolitik der Zukunft, während unser Freund von Levekov auf Siebeck die Sozialdemokratie und Volkspartei als semilitäre Freiwillige bezeichnete.

In einer langen Resolution verlangt der Bund gleichmäßigen Schutz jeder nationalen Arbeit, Erhaltung des bisherigen Systems des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion, soziale und wirtschaftliche Fürsorge für den gewerblichen und kaufmännischen bürgerlichen Mittelstand gegenüber den Gefahren großkapitalistischer Unternehmungen, gewerkschaftlichen Zusammenstoß der christlichen und nationalen Arbeiterschaft und Schutz der Arbeitswilligen, Regelung der Steuerpolitik nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Beibehaltung indirekter Steuern bei gleichzeitigem Ausbau einer besonderen Besteuerung des mobilen Großkapitals, Abkehrung der Ausbeutung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten, unverminderte Erhaltung der Machtstellung der Monarchie.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wehrevorlagen.

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet die Meldung, daß die Wehrevorlagen dem Bundesrat zunächst nicht zugehen werden, weil die Verhandlungen über die Deckungsfrage noch nicht abgeschlossen sind. Nach dem Stande der Dinge könne erwartet werden, daß die Vorlagen dem Bundesrat erst im März zugehen werden, so daß sie dem Reichstage kaum noch vor April unterbreitet werden dürften. Die „Tägliche Rundschau“ hält diese Verzögerung für einen Fehler; sie empfiehlt, daß man die Wehrevorlagen dem Reichstage so rasch als möglich unterbreite und die Deckungsvorschläge später nachfolgen lassen solle. — Es handelt sich auch hier wieder lediglich um eine Kombination. Denn die Regierung hat bisher noch kein Wort darüber verlauten lassen, wie hoch die Forderungen sind und wie die Deckung gedacht ist. Man weiß nur so viel, daß zur Deckung der Kosten eine Besteuerung der Erbschaften herangezogen werden soll. Zunächst die Militärvorlage verabschieden und die Frage der Kostendeckung womöglich bis zum Herbst hinauszuschieben ist ein Plan, der in den Wandelgängen des Reichstages schon mehrfach erörtert worden ist, ohne daß aber zu erfahren gewesen wäre, wie die Regierung darüber denkt. Jedenfalls liegen aber bindende Erklärungen nach keiner Richtung hin vor.

Zu Seniorenkongress des Reichstages
suchten die Freikonservativen nach, zu den Beratungen zugelassen zu werden, da in nächster Zeit die Fraktion wahrscheinlich verstärkt werde. Deshalb verlagte man die Angelegenheit.

Dann wurde über die Einteilung der Geschäfte nach der Staatsberatung in erster Lesung verhandelt. Zuerst sollen die Interpellationen Albrecht und Abt über die Kartoffelzölle und die Futterzölle auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es sind vorläufig zwei Tage als Beratungszeit in Aussicht genommen. Dann werden folgen das Gesetz über den Mädchenhandel, der Handelsvertrag mit der Türkei, der Gesetzentwurf über die Staatsangehörigkeit und das Schutztruppengesetz. Die Brüsseler Zuckerkonvention wird wohl zurückgestellt werden müssen, da am 1. März die zweite Lesung des Etats begonnen werden soll. Die zweite Lesung des Etats kann bis Ostern nicht fertiggestellt werden, aber es sind in Aussicht genommen zunächst Beratungen des Etats des Reichsamt des Innern, des Justizamts, der Reichseisenbahnen und des Reichseisenbahnamts, Reichspost, Reichsdruckerei, Reichstags und andere kleine Etats. Dann werden die Osterferien beginnen. Es wurde im Kongress dann weiter über eine eventuelle Erweiterung der Wahlprüfungscommission gesprochen. Der vorgetragene Wunsch, die Prüfungscommission von 14 auf 21 Mitglieder zu erweitern, fand keine Zustimmung. Es sollen andere Mittel ergriffen werden, um die Wahlprüfungen zu beschleunigen. Vor allem sollen die zu einem gewissen Abschluß gelangten Prüfungen im Plenum schnell zur Verhandlung kommen. Ferner wurde in Frage kommen, ob bei einer Beratung der Geschäftsordnung eine Bestimmung getroffen werden soll, die der Kommission das Recht der selbständigen Beweishebung zurpricht. Diese Frage fand keinen Abschluß.

Der rettende Fünfte.

Die Reichspartei, die bei den Wahlen bloß 14 Mandate bekam, schied aus der Reihe der Fraktionen aus, weil zur Bildung einer solchen mindestens 15 Mitglieder notwendig sind. Um in den Kommissionen vertreten zu sein, hätten sich sonach die Freikonservativen einer anderen Fraktion anschließen lassen und abwarten müssen, ob und in welcher Kommission ihnen diese Fraktion einen Sitz abgetreten hätte. Der Führer der Freikonservativen, Frhr. von Sam p., war seit einigen Jahren Vorsitzender der Budgetcommission und ihm und seinen Gesinnungsgenossen mußte natürlich sehr viel daran liegen, den Posten auch weiterhin behalten zu können. Die freikonservative Reichstagsfraktion hat deshalb den Abg. Schröder, den sie vor dem Verleugnet hat, weil er Herr v. Oldenburg-Sanulchan aus dem Reichstage verdrängte, trotzdem als Mitglied aufgenommen und hat damit die Stärke einer Fraktion erreicht. Wie lange die Fraktion jedoch eine solche bilden wird, hängt davon ab, wie sich die Wahlprüfungscommission des Reichstags beeilt, das Mandat des Reichsverbändlers von Liebert, der nur mit 23 Stimmen Mehrheit gewählt ist, für ungültig zu erklären. Es steht zu hoffen, daß die Wahlprüfungscommission diesmal rascher arbeitet, wie in früheren Jahren, sodaß die Fraktionsherrlichkeit der Freikonservativen nicht von allzulanger Dauer sein wird.

Konservative Fronteure.

Die konservative Hege gegen Herrn v. Bethmann-Hollweg, die bisher mehr verdeckt betrieben wurde, nimmt deutlichere Formen an. Am Freitag erklärte der Reichskanzler, daß Deutschland weder radikal noch reaktionär regiert werden könnte und die letztere Bezeichnung beziehen die Konservativen ganz richtig auf sich. Die „Kreuzzeitung“ beginnt nun, wie sie das schon so oft getan, mit der Veröffentlichung von Aufsätzen, deren Herkunft und Entstehung sich der Kontrolle entzieht, über deren Zweck jedoch kein Zweifel bestehen kann. In einer am Montag veröffentlichten Zuschrift wird gegen die Bezeichnung „reaktionär“, auf die Konservativen angewendet, Front gemacht und gesagt:

„Will Herr v. Bethmann nur das Scheltwort aufnehmen, wie es die Linke im Munde führt, dann vergesse er doch nicht, daß dort sein Regiment als die Reaktion gilt, daß dort alles, was kein Programm ausmacht, als die krasse Reaktion bewertet wird, und daß höchstens nur das eine schwankt, daß er bald als der führende Hauptmann, bald als der dienende Knecht dieser Reaktion abgemacht wird. Die Anhänger der bestehenden Staatsordnung haben sich ja allgemach daran gewöhnen müssen, als der reaktionäre Popanz der Nüchternheit der Gedankenarmut sozial-liberalistischer Wahlagitation auszuhalten, und man würde sich lächerlich machen, wenn man diese Herrschaften nach Gründen fragen wollte. Wenn indessen der leitende Staatsmann den Vorwurf, der ihm selber gilt, von sich auf die zuverlässigen Parteien abwälzt, um den unzuverlässigen „gerechten“ zu werden, so haben die verbitterten und bestemmten Anhänger der Rechtsparteien im Lande, nicht bloß die Ultras, wohl das Recht zu der Frage: Wie begründet dieser Staatsmann über den Parteien keine mit dem Schwergewicht seines Amtes belastete Bemerkung, die einer Anklage gleichkommt?“
Bethmann, antwortete!

Endlich Kulturarbeit auf dem Eichsfeld?

Zur Beseitigung des Notstandes auf dem Eichsfelde plant die preussische Staatsregierung auf Veranlassung der hiesigen Landwirtschaftskammer die nächste Umgestaltung der dortigen landwirtschaftlichen Kultur. Mit 600 000 Mark, wovon der Staat und die Provinz je 300 000 Mark tragen werden, will man den unlohnenden Ackerbau durch Viehzucht ersetzen.

Wann wird wohl der „Plan“ der Regierung verwirklicht werden?

Ein nationalliberaler Musterknabe.

Der nationalliberale Abg. Kleve rückt mit einem zunehmenden Ruck von seinen nationalliberalen Fraktionskollegen ab. Er erläßt nämlich eine Erklärung, in der er hervorhebt, er habe in der Fraktion die Erklärung abgegeben, daß er für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht stimmen werde, und er habe bitter empfinden und fasse es als eine unverzeihliche Handlungsweise gegen die Interessen der nationalliberalen Partei

auf, daß eine Anzahl Mitglieder der Partei für den Abg. Bebel als ersten Präsidenten ihre Stimme abgegeben hätte.

Wenn dieses Beispiel von Fraktionsdisziplin, das der mit Unterstützung des Bundes der Landwirte gewählte Abg. Kleve da gibt, Nachahmung finden sollte, dann wird bald einwandsfrei festzustellen sein, welche Nationalliberalen für Bebel und Scheidemann gestimmt haben.

Verunths Stellung erschüttert?

Ein fortschrittliches Blatt teilt mit, daß man in parlamentarischen Kreisen die Stellung des Reichssekretärs Wermuth für erschüttert halte. Der Grund wird darin erblickt, daß die Erbschaftsteuer erst im kommenden Herbst eingebracht werden soll.

Wir haben bereits angedeutet, daß man in parlamentarischen Kreisen damit rechnet, daß die neuen Steuererträge erst im kommenden Herbst verabschiedet werden. Das wäre an sich kein Grund für den Schatzsekretär, von seinem Amt zurückzutreten, dieser Grund ist erst dann gegeben, wenn die Erbschaftsteuer abgelehnt werden sollte. Der Schatzsekretär hat mehrmals mit Bestimmtheit erklärt, daß eine Erbschaftsteuervorlage kommen wird, aber er hat — zu der Rechten und dem Zentrum gewendet — immer mahnend hinzugefügt, man möge doch erst einmal abwarten, wie die Vorlage aussieht. Das läßt die Vermutung aufkommen, daß der neue Entwurf so gestaltet ist, daß den Agrariern weitgehende Steuerbefreiungen zugestanden werden sollen. Der Schatzsekretär betont zwar stets, daß er an dem Grundsatz festhalten wolle: Keine Ausgabe ohne Deckung. Ist es ihm damit so ernst, wie es den Anschein hat, dann muß er für die Beibringung und für die Deckung ein zusammenfassendes Kartellgesetz einbringen; damit stellt er dann die Konservativen und das Zentrum vor die Alternative, entweder Militär- und Erbschaftsteuer zu bewilligen, oder beides abzulehnen.

Für die Schwarzblauen und vielleicht auch für die Regierung wäre es wohl bequemer, in der Deckungsfrage freie Hand zu behalten, aber man soll sich den preussischen Militärkonflikt zur Warnung dienen lassen, der sich auf der Bewilligung von Ausgaben ohne Deckung entspannt.

Wenn dann noch die Frage aufgeworfen wird, was der Reichskanzler machen wird, so denkt man unwillkürlich an das Bild, das Graf Posadowsky am 16. Februar 1912 im Reichstage zeichnete: „Es gibt Politiker, die auf dem Zaune sitzen. Dann kann man nämlich, je nachdem der Segner naht, rechts oder links herabspringen.“

Das preussische Abgeordnetenhaus

überwies am Dienstag den Entwurf eines Wassergesetzes an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Ferner ging der Budgetkommission ein nationalliberaler Antrag zu, der die Regierung auffordert, zur Hebung der durch die Sturmflut an der Westküste Schleswig-Holsteins angerichteten Schäden, soweit sie nach der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen von diesen nicht getragen werden können, Staatsmittel durch Gewährung nicht rückzahlbarer Unterstützung oder zinsfreier Darlehen bereitzustellen. — Endlich beschäftigte sich das Haus noch mit einem Antrag Schmedding (Zentrum), der eine Änderung des Fürsorgeerziehungsgesetzes nach der Richtung hin vorsieht, daß auch bereits Kinder, die der Verwahrlosung anheimzufallen drohen, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden können. Auch unsere Fraktion erklärte sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden. Genosse Hirsch betonte die Notwendigkeit, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, und forderte die Regierung auf, endlich einmal dem Wohnungs-elend und dem Alkoholismus zu Leibe zu gehen. Er wies darauf hin, daß mit den für die Fürsorgeerziehung ausgegebenen Mitteln wirkliche Kulturaufgaben gelöst werden könnten, wenn man rechtzeitig eingreifen würde. Der Antrag ging gleichfalls an eine Kommission. — Am Mittwoch beginnt die Beratung des Justizetats.

Als Reichstagskandidaten im Wahlkreise Münster-Coesfeld

hat das Zentrum an Stelle des zum bayrischen Ministerpräsidenten ernannten Freiherrn von Hertling den Professor Wildermann in Recklinghausen in Aussicht genommen.

Die chinesische Republik wird anerkannt.

Hirschs Telegraphenbureau erzählt von unterrichteter Seite, hinsichtlich der Anerkennung der Republik China werde die Reichsregierung genau so verfahren wie seinerzeit gegenüber Portugal. Sobald die konstituierende Nationalversammlung die Verfassung bestätigt und den Präsidenten definitiv gewählt hat, werde man nach Verständigung mit den übrigen Großmächten nicht zögern, die neue Staatsform Chinas anzuerkennen.

Uniere Hurrapatrioten werden hieron nicht besonders erbaut sein.

Die ernente Präsidentenwahl

wird im Reichstage voraussichtlich am 13. März stattfinden. Innerhalb der bürgerlichen Fraktionen sind nach der „Post“ Besprechungen über diese neue Wahl bereits eingeleitet worden. Das seltsame Schauspiel beginnt also bald wieder.

Konservative Wahlschwinder entlarvt.

In dem Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz wurde in der Stichwahl der Fortschrittler Dove gegen den Agrarier Major Lettre gewählt. Die Sozialdemokraten unterstützten die Fortschrittler. Von konservativer Seite versuchte man am Stichwahltag durch Mißbrauch des Namens unseres Kandidaten Hildebrandt die sozialdemokratischen Wähler zu verwirren. Junge Bur-schen und Inassen zahlreicher Automobile besetzten alle Dorfstraßen des Kreises mit großen Massen von Flugblättern, auf denen in großen Buchstaben zu lesen war:

„Arbeiter, Handwerker! Enthaltet Euch der Stimme. Hildebrandt.“

Die Konservativen bestritten, die Verbreitung dieser Schwindelblätter veranlaßt zu haben. Sie wollten sogar einen liberalen Redakteur wegen der Behauptung verklagen. Aber statt zu klagen, setzen sie sich jetzt zu der folgenden Erklärung genötigt:

„Ein Maschinenhändler und Schlosser Dörr in Herzberg hat in Gemeinschaft mit seinem Gehilfen Hildebrandt angeblich (!) für die konservative Partei die Automobile gemietet, mit denen die Verteiler der Flugblätter gefahren sind, und hat die Verteilung veranlaßt. Die konservativen Vereine in Wittenberg und Herzberg verurteilen dieses Vorgehen aufs schärfste.“ Die Erklärung ist von den Vorständen der beiden Vereine unterzeichnet. Der „Schlosser“ Dörr in Herzberg hat eine Maschinenbauwerkstatt, in der vorwiegend die zahlreichsten Maschinen der benachbarten Riesengüter des konservativen Kandidaten Lettre repariert werden. Da ist es begreiflich, daß Dörr gern die Tausende von Mark für die Flugblätter und die Automobile, natürlich völlig selbstlos, hinauswarf. Und ebenso erklärlich ist es, daß sein Geselle aus lauterer Freundschaft für den Millionär Lettre seinen Namen Hildebrandt hergab und in Hildebrandt umfälschten ließ.

Das Proportional-Wahlrecht für den Reichstag fordert die sozialdemokratische Fraktion in folgendem soeben dem Reichstag eingereichten Antrage:

„Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird:

1. daß die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden;
2. den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern;
3. der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß.

Ferner ersucht der Reichstag den Herrn Reichskanzler, auf dem Verordnungswege Anordnungen zu treffen, wonach die Wahlurnen im ganzen Reiche gleichartig gestaltet und auf Reichskosten beschafft werden.

Aus Schaumburg-Lippe.

Der Landtag dieses Städtchens von kaum 500 Quadratkilometern ist wieder zusammengetreten und hat die von des reichen Fürsten Durchlaucht genehmigten Vorlagen entgegengenommen. Der Etat des Fürstentums erreicht nicht einmal die Höhe von einer Million Mark, aber trotzdem geht es bei der Gesetzgebung für die „getreuen Untertanen“ genau so förmlich zu, wie in Preußen: feierliche Landtagseröffnung, Thronrede, Ministerrede usw. — Unter den Vorlagen befindet sich ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Vermögenssteuerariffs, wonach erhoben werden sollen:

bei 6—8 000 Mk. Vermögen jährlich	3,60 Mk.
„ 8—10 000 „ „ „	4,80 „
„ 10—12 000 „ „ „	6,— „

usw. bis bei 90—100 000 Mk. Vermögen ein Steuerfuß von 56,40 Mk. erreicht wird. Bei höherem Vermögen soll die Steuer für je 10 000 Mk. oder 20 000 Mk. um 6,60 Mark oder 12,60 Mk. steigen. Durch die Vorlage werden die bestehenden Vermögenssteuerariffs nur wenig geändert. — Weiter wurde ein Gesetzentwurf über die nichtstaatlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten vorgelegt. In der Begründung dieser Vorlage heißt es, daß bezweckt werde, den preussischen Zustand zu übernehmen, wonach alle privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten der Aufsicht des Staates oder einer vom Staate ernannten Behörde unterstellt sind. Der Zweck dieses Verpreuflungs-vorschlages ist klar.

Kleine politische Nachrichten. Einer im türkischen Kriegsministerium eingelaufenen Depesche zufolge griffen die türkischen Truppen am 13. Februar Derna an und drangen nach dreistündigem Kampfe in zwei Forts westlich von Djael el Akabas ein, die sie teilweise zerstörten. Die Italiener, die während des Kampfes durch das Feuer ihrer Schiffe unterstützt wurden, hatten beträchtliche Verluste. — Bei den Aufräumungsarbeiten der „Liberte“ wurden im vorderen Turm zwölf Leichen gefunden. Der Marinepräsekt hat angeordnet, daß die Überreste dieser Opfer in ihre Heimatsorte transportiert werden. — Nach einem aus Kap Haitien eingetroffenen amtlichen Bericht hat am 14. Februar in der Nähe der Grenze von San Domingo ein scharfer Kampf zwischen den Revolutionären und den Regierungstruppen stattgefunden. Die Regierungstruppen sollen 40 Tote und zahlreiche Verwundete verloren haben. Der Ausgang des Kampfes sei noch unbekannt. Die Landverbindungen über die Grenze seien unterbrochen. — In Cuernavaca (Mexiko) hat ein großer Kampf stattgefunden. Die Regierungstruppen, von starker Artillerie unterstützt, schlugen die Zapatisten, deren Verluste unbekannt sind. Auch bei Torreón wurden die Rebellen geschlagen, sie hatte 57 Tote.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 21. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grasmühle S. und J. Brüggen, Sarenstraße, die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischindustrie! Die bei den Firmen S. Thedens, S. Jöens und W. Tollgreve u. Co. in Altona beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stehen zurzeit in einer Lohnbewegung. Bei den Verhandlungen haben die Unternehmer erklärt, Arbeitswillige von auswärtig holen zu wollen. Es muß Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin sein, weder direkt noch indirekt den Altonaer Arbeitsbrüdern und Arbeits-schwestern in den Rücken zu fallen. Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischindustrie! Wir fordern Euch auf, Eure in Altona in der Lohnbewegung stehenden Kollegen und Kolleginnen in jeder Hinsicht zu unterstützen, damit auch für die in der Fischindustrie Beschäftigten menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Zugunach Altona ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Bürgerausschuß verabschiedete in seiner gestrigen Sitzung den Vorschlag für das Rechnungsjahr 1912. Wesentliche Änderungen der Senatsvorlage wurden nicht beschlossen. Der Senatsantrag, die Einkommensteuer mit einem Zuschlag von 10 Prozent zu belegen, wurde angenommen. Einen Antrag des Genossen Hoff, den Zuschlag erst von einem Einkommen von mehr als 2000 Mk. zu erheben, lehnte der Bürgerausschuß gegen die Stimme des Antragstellers ab.

Die öffentlichen Schulen im Vorschlag für 1912. Einem der interessantesten Kapitel des Budgets unseres Freistaates bildet der Abschnitt Schulen. Es ist leider nicht genügend bekannt, was die verschiedenen Schulen dem Staate kosten und welche Einnahmen sie bringen. Die Einnahmen gestalten sich wie folgt: Oberschulbehörde 10.— Mk., Stadtbibliothek 600,84 Mk., Katharineum 100 259,50 Mk., Johanneum 92 601,20 Mk., Realschule zum Dom 71 750.— Mk., Ernestinenschule. (Höhere Mädchenschule mit Lehrerinnen-Seminar) 98 859,94 Mk., Lehrer-Seminar 12 407,55 Mk., Lehrerinnen-Bildungsanstalt 1910.— Mk., Mittelschulen 152 800.— Mk., Volksschulen 84 495,11 Mk., Verend Schröder'sche Schule (für taubstumme und schwachbegabte Kinder) 6 921,90 Mk., Haushaltungsschulen 240.— Mk., Bezirksschulen 28 819,90 Mk., Hauptturnhalle 2 250.— Mk., Baugewerkschule 24 800 Mk., Gewerbeschule 18 041.— Mk., Navigationsschule 6 500.— Mk., zusammen 7026 66,34 Mk.

Demgegenüber stellen sich die Ausgaben folgendermaßen: Oberschulbehörde 55 860, Stadtbibliothek 21 878, Katharineum 259 200, Johanneum 221 850, Realschule zum Dom 125 000, Ernestinenschule (Höhere Mädchenschule mit Lehrerinnen-Seminar) 117 500, Lehrerseminar 64 470, Lehrerinnen-Bildungsanstalt 3920, Mittelschulen 811 600, Volksschulen 852 600, Verend Schröder'sche Schule (für taubstumme und schwachbegabte Kinder) 86 270, Haushaltungsschulen 14 400, Bezirksschulen 178 500, Hauptturnhalle 6350, Baugewerkschule 74 100, Gewerbeschule 94 000, Fortbildungsschulen in den Landbezirken und in Travemünde 1820, Kaufmännische Fortbildungsschule 12 000, Navigationsschule 43 245, von Großheimische Privatrealsschule 24 000, Jenseitliche Freischule für bedürftige Mädchen 11 900, Katholische Schule 8000, Privat-Mädchenschulen 4500, zusammen 2 587 968 Mk.

Wenn man das Verhältnis der Schülerzahl zu den geleisteten Staatszuschüssen betrachtet — aus dem Vorschlag ist das leider nicht ersichtlich — so wird man finden, daß gerade die besseren Schulen den meisten Zuschuß erfordern.

„Geheimstimmungen“ der Lübecker Bürgerschaft. Man hat mit den nicht öffentlichen Sitzungen der Lübecker Bürgerschaft bisher keine guten Erfahrungen gemacht; gewöhnlich konnte man an anderen Tagen in den bürgerlichen Blättern, die von Lübecker Zeitungsreißern bedient werden, lesen, was die „geheimen“ Bürgerstimmungen beschlossen hatte. Unmöglich sind die sämtlichen Lübecker Zeitungen durch ihre Redakteure in der Bürgerschaft vertreten. Man sollte deshalb meinen, daß nunmehr die Indiskretionen über Vorlagen verschwinden werden, die geheim behandelt worden sind. Das Gegenteil ist der Fall. Nachdem sich die „E. Z.“ bereits gestern abend „aus Berlin telegraphieren“ ließ, daß am Montag die Bürgerschaft eine neue Anleihe von 10 Millionen beschließen hätte, konnte man gestern abend im „Hamb. Fremdenblatt“ lesen:

Staats- und Stadtfinanzen. Die neue Lübecker Anleihe im Betrage von 9 000 000 Mk. ist von einem unter Führung der Seehandlung stehenden Konjunktum übernommen worden, dem auch die Direktion der Diskontogesellschaft und die Berliner Handels-Gesellschaft angehören.

Ist es unter solchen Umständen überhaupt noch irgend- wie möglich zu verschweigen, daß es sich tatsächlich um eine Anleihe von 10 Millionen Mark gehandelt hat, von denen 4 Millionen Schatzscheine zurückgezahlt werden sollen.

Bevölkerungsbewegung im lübeckischen Staate während des Januar 1912. Die Zahl der Geburten betrug 39 (1911: 51), die der Lebendgeburt 243 (204), und die der Sterbefälle 172 (169). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 71 (35). Uneheliche Geburten kamen 32 (29) mal vor. Totgeburt wurden 10 (9) mal registriert.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1911/12 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Lorenz sind, in der Zeit vom 21. bis 29. Februar 1912 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnortes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Der Prozeß gegen die Arbeitswilligen, welche vor einigen Wochen die Wirtschaft zum „Alten mecklenburgischen Landfrug“ demolieren, findet morgen mittag 11 Uhr vor dem hiesigen Schöffengericht statt.

Februarfrühling. Seit dem Anfang dieser Woche ist die Witterung im größten Teile Deutschlands völlig frühlinghaft geworden. Die Erwärmung hat sich sehr schnell und mit ungewöhnlicher Intensität eingestellt. Im Rheingebiet stieg das Thermometer an den beiden letzten Tagen vielfach bis auf 15 Grad Wärme, vereinzelt sogar etwas höher; auch in Süds., Mittel- und Norddeutschland wurden Sonntag und Montag fast durchweg 10 Grad Wärme überschritten. Berlin brachte es Sonntag auf 13 Grad; das Tagesmittel der Temperatur, das für dieses Datum normalerweise 0,8 Grad beträgt, erreichte 9 Grad Wärme, ein Wert, der normal erst volle zwei Monate später, im letzten Aprildrittel, vorkommt. Montag früh hatte Nachen schon 8 Grad Wärme. Nur im äußersten Norden des Landes herrschen zurzeit normale Temperaturen; dort sind noch ganz leichte Nachfröste vorgekommen. Die Ursache des vorzeitigen Frühlingsetters ist in einer der Erwärmung sehr günstigen Luftdruckverteilung zu suchen. Ein ausgedehntes Maximum von fast 770 Millimeter Höhe liegt über dem Mittelmeer, während ein tiefer Minnbel unter 739 Millimeter sich an der Südküste Frankreichs befindet. Infolgedessen wehen südliche bis südwestliche Winde, die in Verbindung mit der bei dem meist jetzigen Himmel bereits beträchtlichen Sonnenwärme den Anstieg der Temperatur bewirken. Ein nach der Nordsee bereits vorgeschobener Ausläufer des westlichen Wirbels dürfte nach und nach zu leichten Regenfällen führen; die Witterung wird dabei aber vorläufig noch sehr mild bleiben. Strenge Kälte, bis zu 26 Grad, heischt zurzeit nur noch im äußersten Norden Europas.

pb. Entwendetes Fahrrad. Von dem Hausflur zum Kontor der Vereinsräuberer in gestern nachmittag ein Fahrrad mit schwarzem Gestell und Felgen und nach oben gebogener Lenkstange abhanden gekommen und vermutlich gestohlen. Das Fahrrad trug die Nummern 15655.

pb. Diebstahl. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen sind aus einem Hause in Vorwerk 1 silb. Herren-Remontoir-Uhr, an der der Mechanismus zum Aufziehen gebrochen ist, 1 silb. Herren-Rolinder-Faschenuhr, die auf dem Differenzial den Firmenaufdruck W. Sebeim trägt, 1 goldene

Damen-Remontoiruhr, 1 kurze goldene Damenuhrkette, bestehend aus 2 dünnen Ketten, die durch 2 Ringe zusammengehalten werden. An den Ringen befinden sich 1 goldenes Herz, 1 gold. Gliederarmband, verziert mit 4 Wasserperlen, 1 goldene Brosche, 2 übereinander liegende Flöhörner darstellend, 1 Paar goldene Ohrringe in Weisform mit welchem Stein, 1 Halskette, bestehend aus 2 weißen Perlenreihen mit goldenem Schloß. — Aus dem Ankleideraum eines hiesigen Vergnügungs-Stablflements sind am Sonntag, dem 18. ds. Mts., 1 Paar Lackstiefeln und ein Banamahut abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Das Harry-Walden-Gastspiel neigt sich seinem Ende, am 29. Februar verläßt der beliebte Künstler Lübeck. Um sich noch einen recht guten Abgang zu schaffen, hat Herr Harry Walden sich entschlossen, noch ein neues Stück heraus zu bringen, und zwar „Der Herzog v. Westminster“. In diesem Stück steht Herr Harry Walden als Autor auf dem Zettel, und gibt auch hierin wieder die Hauptrolle. Das Harry-Walden-Gastspiel hat gezeigt, daß unser Lübecker Publikum gute Kost wohl zu würdigen weiß; das beweist allabendlich die starkbesetzten Häuser. Deshalb schere sich jeder beizeiten einen Platz, denn diese letzten acht Tage wird der Andrang ein enormer sein, darum auf ins Hansa-Theater.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt das mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Doktor Klaus“ von Adolph Aronson zur nochmaligen Aufführung.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt „Hans Sonnensüßers Höl- lenfahrt“ zur Aufführung. Am Freitag geht Albert Dorkings romantische Oper „Undine“ in Szene. Am Sonntag, dem 25. Februar, wird der Hofopernsänger Karl Erb vom Hoftheater in Stuttgart ein einmaliges Gastspiel als „Lohengrin“ bei gewöhnlichen Opernpreisen absolvieren.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern Wagners „Lauhäuser“ zur Aufführung. Die Titelpartie sang Herr Benarini vom Hamburger Stadttheater temperamentvoll, dramatisch und musikalisch sicher. In darstellerischer Beziehung war der Lauhäuser Benarini's interessant und fesselnd. Die Elisabeth des Fr. Widholm war gesanglich bedeutend; nur fehlte ihr die Innigkeit, mit welcher Frau Vartich diese liebliche Frauengestalt erfüllt. Die Besetzung der übrigen Rollen war gut und bewährt. Das stark besetzte Haus nahm die Vorstellung sehr beifällig auf. P. L.

Rus der Partei.

Zwei Schwerverbrecher. Wegen Verleumdung der kaiserlichen Staatsregierung von Schwarzburg-Sondershausen waren auf Antrag derselben die Genossen Hermann Krauß und Arbeiterleiter Wilhelm Wärmel aus Arnstadt angeklagt. Die Verleumdung soll darin bestehen, daß Krauß eine scharfe Resolution einer Volksversammlung, die sich mit den Landtagsvorlagen beschäftigt hatte, zur Klärung mit Begleitschreiben überreichte. Am Montag hatten sich beide vor der Strafkammer in Sondershausen zu verantworten. Die Angeklagten legten die Gründe dar, warum die Versammlung zu solcher Stimmung habe kommen können; insbesondere durch den neuen Steuerentwurf, die geplante weitere Verschlechterung des Wahlrechts, Vorlage einer neuen Gefängnisordnung usw. Die Angeklagten erklärten, daß sie nur den Auftrag der Versammlung ausführten, damit die Regierung auch einmal ein unperfektes Bild der Volksmeinung bekomme. Der Staatsanwalt beantragte, gegen jeden Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, obwohl beide unbeschäftigt sind. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, legte dem Gericht ausführlich dar, daß solche Verleumdungen, wie sie von der Regierung von Schwarzburg-Sondershausen vorgelegt waren, auch wirklich geschwiegen gewesen seien, eine Empörung hervorzurufen. Die Gesetzgebung in Preußen finde nicht in allen Kreisen der Bevölkerung Billigung, in Schwarzburg-Sondershausen sei dieselbe noch schlechter, und dabei schlage die Regierung weitere Verschlechterungen vor. Die Angeklagten hätten durchaus korrekt gehandelt, indem sie auch die Regierung von der Meinung des Volkes benachrichtigt hätten. Mit Rücksicht auf alle diese Umstände bitte er um Freisprechung. — Das Gericht erkannte gegen Krauß auf 150 Mk., gegen Wärmel auf 300 Mk. Geldstrafe.

Kein „Mißfunk“. Während des Jenaer Parteitag am September v. J. veranstalteten eine Anzahl Studenten, vermutlich Schächner reicher Väter, Büchchen, die wohl nicht nötig hatten, mit ihren Händen ein Stückchen Brot zu verdienen, zur Verhöhnung der Sozialdemokratie und der Vertreter der Arbeiter einen Anzug, bei dem ein Haufen Mist — der den Grad der Bildung dieser Studenten charakterisierte — eine Rolle spielte. Die Folge waren Reibereien zwischen Studenten und Arbeitern und eine heftige Brechde, in der auch der Student Buchen den das Wort ergriff. Auf der Gegenseite fiel das Wort „Mißfunk“, durch das sich Buchen beleidigt fühlte. Am Montag wurde nun der Genosse Dreßcher, der Verantwortliche der „Weimarer Volkszeitung“, vom Jenaer Schöffengericht wegen Verleumdung zu vierzig Mark Strafe verurteilt. — In den Augen der organisierten Arbeiter sind und bleiben die Arrangements des studentischen Mißzuges in Jena „Mißfunken“.

Amtsanwalts- und Redakteur'schere. Als im Herbst v. J. Genosse Redakteur Dahl von der Erfurter „Tribüne“ nach Verhöhnung einer wegen Brechvergehen erhaltenen Gefängnisstrafe wieder in die Freiheit zurückkehrte, wurde er von einem Arbeiter auf der Straße mit einem Hochrufe empfangen. Der Arbeiter erhielt eine Anklage wegen groben Unfugs und der Amtsanwalt erlaubte sich in der Begründung seines Strafantrags die Bemerkung, es könne dahingestellt bleiben, ob es eines Staatsbürgers würdig sei, einem Menschen zuzujubeln, der eben aus dem Gefängnis entlassen sei. Die „Erfener Arbeiterzeitung“ war empört über eine solche Bemerkung und beantwortete sie damit, daß sie schrieb: „Einem aus dem Gefängnis entlassenen Amtsanwalt zuzujubeln, würde allerdings in den meisten Fällen eines Staatsbürgers unwürdig sein.“ Die Folge war eine Anklage wegen Verleumdung des Erfurter Amtsanwalts Großmann. Vor der Erfener Strafkammer wurde festgestellt, daß Großmann seinerzeit die obenerwähnte Äußerung wirklich getan hatte. Der angeklagte Redakteur Genosse Reumann berief sich deshalb auf § 193 Str.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen); das Gericht verurteilte ihn aber unter Verlesung des Schutzes des § 193 zu zweihundert Mark Strafe.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. In Wiesbaden konnte die Lohnbewegung der Marmorarbeiter soeben mit gutem Erfolge durchgeführt werden. Die Stundenlöhne der Steinmehrer werden in drei Stufen insgesamt um 7 Pf. erhöht, die der Schleifer und Polier um 9 Pf. Der Streik der Sandsteinmehrer im Vorjahre hat recht erheblich auf die Marmorwerkbesitzer eingewirkt. — In Zell-Neinert (Sachsen) wurde am 14. Februar mit dem Granitwerkbesitzer Dr. Ernst Goller ein umfangreicher Tarif erstmalig abgeschlossen. Herr Goller, der ehemalige liberale Reichstagsabgeordnete, wollte sich allerdings um die Unterschrift des Tarifs herumdrehen, was ihm aber nicht gelang. Wegen Lohnreduzierung haben die Pflastersteinarbeiter der Firma Wolf in Kirchberg (Sachsen) die Kündigung eingeleitet. Die Firma bemüht sich, Arbeitskräfte anzuwerben, die Granitarbeiter seien deshalb auf diese Differenzen besonders hingewiesen. Die Granitwerkbesitzer in Demitz-Thumitz (Sachsen) wollen beim Tarifabschluß den Brechern die Arbeitslöhne bedeutend kürzen. Die Herren sagen, der Tarif müsse der Konkurrenz halber einheitliche Lohnsätze bringen. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Steinbrüche in der Gesteinslagerung recht verschieden sind. Bisher gab es für den Kubikmeter zu brechen 6, 7 und 8 Mt. Jetzt soll der Satz auf 5,50 Mt. für die großen Quader festgesetzt werden, während bisher die meisten Firmen den Satz von 7 und 8 Mt. bezahlten. Die Unternehmer, die den Arbeitern so etwas bieten, liefern vorwiegend für den Staat.

Soziales.

Mit 35 Jahren zu alt. Es ist kein Geheimnis, daß viele Firmen nicht bloß Arbeiter, sondern auch technische Angestellte, die ein gewisses Alter überschritten haben, nicht mehr anstellen. Namentlich von den Großbetrieben ist bekannt, daß sie Ingenieure, die über 40 Jahre alt sind, kaum noch in ihre Dienste aufnehmen. Immerhin kommt es doch selten vor, daß einem Stellenbewerber so kaltschnitzig gesagt wird, er sei für die Tätigkeit in der Industrie zu alt, wie es in dem folgenden Schreiben der Eintracht-Hütte, einer Maschinenbauanstalt der vereinigten Königs- und Laurahütte, geschieht. Das Schreiben, das an einen 35 Jahre alten Bewerber mit guten Zeugnissen gerichtet wurde, hat nach einer Mitteilung der „Deutschen Industriezeitung“ folgenden Wortlaut:

Wir danken Ihnen bestens für Ihre gest. Bewerbung vom 26. d. M. und teilen Ihnen mit, daß wir derselben leider nicht entsprechen können, da Sie das nach unsern Verwaltungsbestimmungen zulässige Alter bereits überschritten haben.

gez. Die Hüttenverwaltung. (Unterschrift.) Der Fall ist typisch für gewisse Kreise des Großkapitals, die vor lauter Herrschucht über ihre Angestellten oft gar nicht mehr wissen, welche „Vorschriften“ sie noch ausklügeln sollen. Ein wirklich eifriger Unternehmer müßte sich doch fragen, daß die Leistungsfähigkeit und Loyalität eines Angestellten in dem Alter von 35 Jahren sich sehr oft erst voll entwickelt, keineswegs aber schon nachläßt. Macht nichts! Für die Königs- und Laurahütte ist ein Ingenieur mit 35 Jahren schon ein alter Mann.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

4. Meerane, 17. Jäch. Wahlkr., 2. Quart. 316,46. Köln, Reg. W. 20.—. Ludua Alberta Canada, Rob. Dittich 3. R.-W. 12,54. Breslau-Ost und West pro 2. Quart. 1795,20. 8. Paris, deutsch-sozial. Leseklub 3. R.-W. 125.—. 9. Mühlhausen i. G., 2. Quart. 203,28. Köln f. Binnenschiffer 102,80. 10. Essen, 2. Quart. 1079,91. Von Genossen u. Genossinnen in Livingston, Illinois, Madison, County, Nord-Amerika, 3. R.-W. 23.—. Falkenberg, O.-S., A. L. 3,20. Kopenhagen, Deutscher Arb.-Verein „Vorwärts“ 60.—. 11. 18. hannov. Wahlkr., 1. Halbjahr 11/12 934,87. 15. Erf. 3. R.-W. 300.—. 16. Rassy M. B. 3,20. 17. Friedberg-Büdingen, 2. Quartal 369,30. Stettin f. Binnenschiffer 51,33. Turin, intern. Leseklub 3. R.-W. 23,78. Deutscher Arb.-Verein Brüssel, 1. Rate 3. R.-W. 150.—. Deutscher sozial. Leseklub Paris, 2. Rate 3. R.-W. 161,29. 20. d. Oldenburg. Wahlkr., 2. Ku. 679,30. 2. hannoverscher Wahlkreis, 2. Quartal 68,25. Rottterdam, org. Völkcher 3. R.-W. 33,58. Gruppe deutscher Soziald. Loluca Mexiko 115,01. 22. Tecklenburg-Steinfurt, 1. Quart. 21,46. G. G. in M., Ditr., 3. R.-W. 20.—. 23. Mühs-Gres. 2. Quartal 122,56. Siegen-Wittgenstein, 1. Quartal 30,83. 24. 2. elsah-lothringischer Wahlkreis pro 1. Quartal 110,49. 25. Krefeld, 2. Quart. 293,99. Recklinghausen-Vorke, 2. Qu. 505.—. Bremen, „von einer Wette“ 10.—. Hennig-Argentinien 5.—. 72. Lüneburg-Winsen, 1. und 2. Quart. 140,15. Magdeburg, 2. Quartal 1482,63. Colmar, 3. ell.-lothr. Kr., 2. Qu. 53,54. Altona f. Binnenschiffer 10,50. 29. Nachen-Stadt, 2. Quartal 107.—. Fern B. L. 50.—. Hedden-Gohenzollern, 2. Qu. 7,20. 31. Galbe-Nickerleben, 2. Qu. 731,35. Solmünden-Gundersheim, 2. Qu. 156,06. Chemnitz, 16. Jäch. Wahlkreis à Konto 6000.—. Nordische Wasserfante 30 000.—. Hagenau-Weizenburg, 2. Quartal 13,36. Galm, 7. württemb. Wahlkr., 1. Qu. 130,92. Groß-Berlin a. Konto seiner 8 Wählkr. 10 000.—; zur Reichstagswahl und diverse Beiträge 5402,70 Mk. Der Parteivorstand gibt bekannt: Wir haben unter Nr. 7318. R. Gericht. F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postamt Berlin ein Postkassenkonto, und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postkassenkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postkassenkonto Beträge bis zu 10 000 Mk. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit gedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternchanz-Viehmarkt vom 20. Februar. Auftrieb 6000 Schweine. Markt flott geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter Nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Heide schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Broz., 61.— bis 62.— (49,00 bis 49,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Broz., 59.— bis 61.— (47.— bis 49,10) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Broz., 59.— bis 60.— (46.— bis 47,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Broz., 58,50 bis 60.— (45.— bis 47,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Broz., 50.— bis 58,00 (38.— bis 44,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Broz., 55.— bis 57,00 (44,00 bis 45,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Brozent 48,00 bis 54,00 (38,50 bis 42,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachrichten“ ist die mit P. L. gezeichneten Anstalt: Paul Köwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer u. S. Sämtlich in Lübeck.

Für die schönen Geschenke und zahlreichen Aufmerksamkeiten, anlässlich unserer silbernen Hochzeit, sagen wir allen daran Beteiligten unseren innigsten Dank.

H. Kersten und Frau.
Kronsforder Allee 102.

Eine Wohnung zu vermieten. Näheres Schwartau, Sablonski, Kalkenhof.

Gesucht zu Ostern einen ordentl. **Stempferlehrling.**
Zu erfragen Klappenstraße 6a.

Junge Mädchen können zu sofort oder später unentgeltlich die Schneiderei erlernen. Geverbestr. 27, II.

Zu verkaufen ein Kahn und mehrere gut legende Küken von 1911. Kleiner Kirchh. 16.

Billig zu verkaufen ein ja warzer **Rieshund**. Meiserstraße 50a.

Ein brauner guterhaltener **Sitz- und Liegewagen** billig zu verkaufen. Weichentstraße 4, II.

Einem geehrten Publikum von **Marli und Umgebung** die ergebene Mitteilung, daß ich meine

Schlachterei und Wurstmacherei von Bülowstraße 10, nach der **Rottwikstraße 6,** neben dem Konsumverein, verlegt habe. Hochachtungsvoll

E. Hansen.

Bülcks Misch-Kaffee

Seit 15 Jahren großer Erfolg. Pfd. 80, 100, 110 u. 120 Pfg., in 1/2 und 1/4 Pfd., fertig zum Gebrauch.

Mein Misch-Kaffee zu 120 Pfg. schmeckt bedeutend besser wie Bohnenkaffee zu 140 Pfg.

Postpakete franko.

H. Bülck
Breite Straße 54. Fernspr. 149.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubesa - Rabattmarken.



Zu dem am Donnerstag stattfindenden Verkauf

billiger Seefische

auf dem Marktplatz zu Schwartau

empfehlen wir besonders:
Seelachs, Kabeljau, Rotzungen, Schellfische, Schollen, lebende Brachsen.

C. G. Kuhnert Söhne
Lübeck. Telephon 554.

Zentral-Hallen

Dankwardtstraße 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater
am Sonntag, dem 3. März 1912
nachmittags 3 Uhr.

Was ihr wollt.

Lustspiel in 5 Akten von W. Shakespeare.
Preis der Karte 60 Pfg., inklusive Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 2. März, von 6 1/2 bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der nummerierten Bilette zurückzugeben.
Karten sind im Gewerkschaftshaus, im Parteisekretariat, in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, in den Verbandsbureaus und in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.
Der Vorstand.

Textbücher

zur Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins
am Sonntag, dem 3. März:

Was ihr wollt, Lustspiel von W. Shakespeare,
sind zum Preise von 20 Pfg. bei uns erhältlich.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr.
Tel. 610. Dir.: Reinhold Gollbach. Tel. 610.
Donnerstag, den 22. Februar 1912:

Uraufführung

Der Herzog von Westminster.
von A. Ward und Harry Belben.
Vorher die glänzenden Spezialitäten.

Vorverkauf bei Sager, Zigarrengeschäft, Kohlmarkt, und Niemeyer, Zigarrengeschäft, Breite Straße.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirsch. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Jadel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitaagsbeschlusses betr. Schnapsboykott.
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. B. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10. Der Arbeiterschuh. Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthgiene.
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. J. Jadel. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. E. Theising. Eine lehrreiche Abhandlung für Jedermann.
- Heft 13. Das Wasserleitverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Minter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von V. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Kanter-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Jadel, Berlin.
- Heft 20. Die Profetierkrankheit. Von Dr. J. Jadel.
- Heft 21. Atmungsapparat. Von Otto Kühle. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.
- Heft 23. Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen? Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.
Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

Bungecher Speise-Essig ist anerkannt der beste.

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Einladung zum

23. Stiftungsfest der Lübecker Genossenschafts = Bäckerei

bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball
unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins Eintracht
und des Herrn und der Frau Heydecker
(Mitglieder des hiesigen Stadttheaters)

am Montag, dem 26. Februar 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Lokalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang des Konzerts 8 Uhr. Kassenpreis 70 Pfg.
Der Aufsichtsrat und Vorstand.

Quartett-Verein „Amicitia“.

Folgende Losnummern sind mit Gewinnen gezogen:

22	37	46	61	64	90
98	100	111	146	181	289
337	339	377	405	421	430
434	458	463	486	504	516
558	619	625	635	680	693
792	814	915	953	1009	1019
1023	1035	1113	1117	1160	1164
1174	1204	1237	1248	1283	1396
1416	1434	1459	1461	1469	1510
1523	1560	1602	1617	1641	1669
1717	1719	1743	1749	1846	1937
1963	1971	1983	2038	2051	2062
2079	2086	2097	2200	2215	2217
2233	2249	2295	2306	2311	2344
2346	2350	2355	2356	2356	2373
2397	2403	2411	2467	2515	2524
2534	2578	2585	2593	2611	2622
2640	2644	2662	2669	2677	2702
2704	2716	2762	2769	2819	2841
2865	2946	2957	2976	2978	2995

Die Gewinne sind am Donnerstag, dem 22. Februar, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstraße 25, später bei Herrn H. Mews, Wöbberstraße 6, abzuholen.

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, 22. Febr.
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52

Tagesordnung:
1. Kartellbericht.
2. Innere Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen erlucht
Der Vorstand.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 25. Februar 1912:
von nachmittags 4 1/2 Uhr an:

Zusammenkunft

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Vortrag: Ein Volkstümper der Arbeiterklasse.
Der Jugend-Ausschuß.

Graphische Liedertafel

Sonntag, den 25. Februar:

Winterfest

— Konzert, Theater, Ball —
im Konzerthaus Lübeck

: Anfang 6 Uhr :
Vorverkauf 60 Pfg.
an der Kasse 75 Pfg.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 22. Februar. 8 Uhr.
Voll-Ab. 133. Donnerstag-Ab. 23.
Zum letzten Male!

Hans Sonnenstörers Höllenfahrt.

Ein heiteres Trauerspiel von Apel.
Musik von Fr. Beermann.
Freitag, 23. Februar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 134. Freitag-Ab. 22.

UNDINE.

Romant. Oper von Lozing.
Vorläufige Anzeige.
Sonntag, 25. Februar. 7 Uhr.
Voll-Ab. 136. Gewöhnl. Preise.
Sinn. Gattig. d. Sopranvängers

Karl Erb

vom Kgl. Hoftheater in Stuttgart
Lohengrin.
Große Oper von Rich. Wagner.

Stadthallentheater.

Freitag, 23. Februar. 8 Uhr.
Doktor Klaus.
Lustspiel von Ad. P. Arronge.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Röh, Kohlmarkt 13.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 20. Februar 1912.

10. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth, Dr. Delbrück u. a.

Erste Staatsberatung.

Sechster Tag.

Dr. Seyda (Vote): Unter Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagraphen aus dem Vereinsgesetz wird in diesem Reichstag zweifellos angenommen werden. Während der Wahlzeit hat sich ja auch gezeigt, daß die Abhaltung von Versammlungen in polnischer oder französischer Sprache durchaus keine Gefahr für das Deutsche Reich bedeuten. (Sehr richtig bei den Polen.) Auch das Verbot der Teilnahme Jugendlicher an politischen Versammlungen muß beibehalten werden. Unsere Versammlungen werden fast ausnahmslos als politische angesehen. (Hört, hört! b. d. Polen.) Redner führt weiter Beschwerde über unglaubliche Manipulationen der Wahlvorstände im Wahlkreis seines nicht gewählten Freundes v. Sals-Naworski. Viele Stimmzettel wurden für ungültig erklärt, weil Sals nur mit einem „S“ geschrieben war (Hört, hört! b. d. Soz.). Andere deshalb, weil sie auf Abgeordneter v. Sals-Naworski lauteten, obgleich der betreffende tatsächlich preussischer Landtagsabgeordneter ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich erwarte, daß diese skandalösen Vorgänge, die man nicht anders, denn als amtlichen Wahlschwindel bezeichnen kann, von der Wahlprüfungskommission sobald wie möglich geprüft werden. Ebenso ist es in diesem Reichstag wohl selbstverständlich, daß der Korruptionsfonds der Osmarzenzulassen befreit wird. Bravo! b. d. Polen.)

Schulz (Mpt.): Die lokalen Wahlvorstände haben die Wahlzettel, von denen der Vordrucker sprach, für ungültig erklärt. Herr v. Sals, der gewählte Gegenkandidat des Herrn v. Sals-Naworski, hat als seine persönliche Überzeugung ausgesprochen, daß er Stimmzettel für Sals-Naworski, die nur ein „S“ enthalten, für gültig halte. Alles nähere muß in der Wahlprüfungskommission besprochen werden. (Bravo! recht.)

Dr. David (Soz.): Das wertvolle Ergebnis der Debatte ist die Feststellung der Tatsache, daß die Konservativen und das Zentrum darauf bestanden, einen Ausbau der Nachlasssteuer abzulehnen. Ja, das Zentrum will auch keine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Welche Steuern will es denn eigentlich dann bewilligen, wenn neue Steuern notwendig werden? Die Antwort kann nur lauten: neue indirekte Steuern! (Sehr wahr! bei den Soz.) Angesichts dessen glaube ich, daß der Kampf, den der Staatssekretär Wermuth für sein Prinzip führt: keine Ausgabe ohne Deckung, schließlich zu einer Niederlage des Staatssekretärs führen wird. Er hat ja gekämpft wie ein Löwe, aber wir haben schon gestern gesehen, daß der Reichskanzler sofort verlor, den Grisauf der Gebirgssteine zurückzuführen. Aber die Dinge sind schon so ins Rollen gekommen, daß sie weiter rollen werden. Man kann ja jede Hoffnung aufgeben, daß die Konservativen sich zu einem neuen Steuergrundgesetz bekennen werden, zu dem Grundgesetz, die Reichen heranzuziehen und die Armen zu schonen. Graf Pasadowky hat ein schönes englisches Wort vorgetragen, daß im Interesse des Vaterlandes jeder Opfer bringen müsse und Opfer bringen werde, selbst die Reichsten. In Preußen und in Deutschland, glaube ich, wird dieses Wort auch weiter Lügen gestraft werden. Die Konservativen wollen ihren Standpunkt aber verbrämen und diese Art der Politik als eine christliche, als eine Politik der sozialen Gerechtigkeit hinstellen. Während die großen Massen des Volkes in schwerem Ringen um die Existenz, es nicht weiterbringen, als zu notdürftiger physischer Existenz,

sammeln sich auf der anderen Seite Vermögen in ganz ungeheuerlichem Maßstabe an. In den Jahren von 1895 bis 1910 ist die Zahl der Millionäre und Multimillionäre in Preußen von 500 auf 900 gestiegen. Angesichts dieses Prozesses haben die Parteien der Rechten den Mut, jedes energische Zugreifen des Reiches in die großen Klassen dieser Millionäre abzulehnen und immer wieder die Massen des Volkes mit neuen Lasten zu beladen. Solche Politik im Namen des Christentums und der sozialen Gerechtigkeit vor den Wählern zu verteidigen ist eine Heuchelei, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß endlich zu der Einführung direkter Steuern für das Reich übergegangen wird, und die Regierung wird nicht darum herumkommen, denn diese Forderung kann nicht verschwinden, bis sie erfüllt ist. An Stelle der drückendsten indirekten Steuern verlangen wir schon jetzt die Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, sowie die Reichserbschaftsteuer. Es gibt ja noch einen Ausweg aus der Reichsfinanzkatastrophe, in der wir uns trotz der Finanzreform schon wieder befinden, dieser Ausweg lautet Sparanfänger. Aber woran soll denn das Reich sparen? Soll etwas dabei herauskommen, so doch nur an den Ausgaben für Klüftungszwecke. Daran aber wollen Sie nicht sparen, Sie wollen sparen an den Ausgaben für soziale Zwecke, und dabei versagt auf diesem Gebiet das Reich schon heute die notwendigen Ausgaben. Es war kein Geld da, um den Empfang der Altersrenten vom 70. auf das 65. Jahr herabzusetzen, es war kein Geld da für eine ordentliche Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge. Und ebensoviele für eine einigermaßen auskömmliche Witwen- und Waisenrente; es fehlte an Geld für eine Aufbesserung der Löhne der Staatsarbeiter und Unterbeamten, es fehlte an Geld, um die Löhne der Soldaten aufzubessern. Graf Pasadowky nannte die Deeresausgaben eine Verwahrlosungsmaßnahme für den Frieden und fügte hinzu, also müßten auch die, die am meisten zu verlieren haben, die größten Beiträge zahlen. Das heißt doch, die Lasten müßten aufgebracht werden, nicht nach Köpfen sondern nach der Größe des Geldbeutels. Wenn aber die Regierung die regelmäßigen direkten Steuern den Einzelstaaten überlassen will, so könnte sie jedesmal bei einer neuen Deeres- und Marinevorlage die Kosten als eine Kontribution auf die großen Vermögen ausstreuen. Man kann ja statt des Wortes Kontribution einen schöneren Namen wählen, z. B. Nationalsteuer. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man kann verkünden, daß die reichen Leute das Recht haben, auf die Kathädrer zu gehen und dort auf dem Altar des Vaterlandes ihre Versicherungssprämie niederzulegen. Sie müßten ja das Bedürfnis haben, ihren Patriotismus auf solche Weise zu betätigen. Heute tun sie es nur mit dem Munde. Sollen sie es mit dem Geldbeutel tun, dann ziehen sie die Hand zurück wie vom heißen Eisen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Neue Wehervorlagen sind jetzt eine Gefährdung des Friedens. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist einfach unmöglich, daß wir die Grenzen der Größe unserer Seerüstung selbst bestimmen können; kein Land bestimmt die Grenzen seiner Rüstungen. Der englische Marineminister hat vor Jahren erklärt: Wir machen nicht bei uns Flottenvorlagen, sondern darüber beschließt der Reichstag in Berlin. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland tanzt vor, die anderen Länder tanzen nach und so ändern sich die Verhältniszahlen doch nicht. Nur die Lasten wachsen ins Ungeheure. Wenn jetzt zwischen deutschen und englischen Staatsmännern über die Ausräumung der weltpolitischen Interessengegenstände verhandelt wird, so sollte man doch sehr überlegen, ob man in diese Verhandlungen hinein mit einer neuen Marinevorlage kommt. Wir wollen, daß diese Verhandlungen auf beiden Seiten mit der ehrlichen Absicht geführt werden zu einem Resultat zu kommen. Leider sind im Gegenzug zu dieser Verständigungsaktion hier Äußerungen gefallen, die neues Mißtrauen erregen werden. Auch Herr Baasche meinte: nur recht mißtrauisch. Dabei hat der englische Premier-

minister Asquith mit dem Märchen aufgeräumt, das im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat, daß die Engländer im verflohenen Sommer oder Herbst beabsichtigt hätten, uns mit ihrer Flotte zu überfallen. Der englische Minister und ebenso der Minister des Auswärtigen Grey haben diese Produkte „einer müden und ausschweifenden Einbildungskraft“ als reine Erfindung bezeichnet. In Mainz aber hat Herr Erzberger folgendes erzählt: „Im September standen wir dicht vor dem Kriege und nur die weise Zurückhaltung der deutschen Regierung hat den Ausbruch des Weltbrandes verhindert. Die englische Flotte war mobil gemacht und sie fuhr in die Nordsee hinaus, um mit der deutschen Flotte zusammenzustoßen. Daß es nicht dazu kam, hat darin seinen Grund, daß die deutsche Flotte in der Ostsee weilte.“ (Große Heiterkeit bei den Soz., Hg. Erzberger ruft: Das ist alles wahr!) Herr Erzberger, wenn Sie das jetzt noch sagen, nach all diesen Äußerungen der englischen Minister, sollten Sie sich in Zukunft doch lieber Scherzberger nennen. (Heiterkeit.) Man stellt es häufig so dar, als sei ein Zusammenstoß zwischen Deutschland und England ein weltgeschichtliches Verhängnis. Nun, England hat sich mit Frankreich verständigt, zu dem es seit Jahrzehnten in weit schärferem Gegensatz gestanden hat, ja sogar mit Rußland, mit dem es an allen Enden der Welt Kollisionspunkte hat. Die Stimmung für eine Verständigung zwischen Deutschland und England ist in den weitesten Kreisen vorhanden. Auch der Führer der englischen Konservativen hat gesagt, „wenn es jemals zum Kriege kommen sollte, so wird er nicht das unvermeidliche Ergebnis natürlicher Gesetze sein, sondern wahrscheinlich das Ergebnis menschlicher Torheit.“ (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß, und wir fügen noch hinzu, das Ergebnis der Bemühungen kleiner, aber finanziell mächtiger Kreise, die aus dem Kriege ein Geschäft machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die eigentlichen Kriegsheer sind die Kanonen, Panzerplatten- und Munitionsfabriken, sie bezahlen eine Presse, Korrespondenzen, die sie umsonst an die Zeitungen verschicken mit der einzigen Absicht, vorgetrieben zum Kriege zu führen. Solche Geschäftsinteressen gibt es in allen Ländern. Ihnen das Sandmal zu legen, läge im Interesse der großen Masse des Volkes. Man sollte die ganze Militärische und Marineindustrie in Reichsbesitz übernehmen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Massen sind überall friedensliebend, sie beziehen freilich auch keine Kriegspensionen und keine Dividenden aus den Panzerplattenfabriken. Das Leben ist schwer genug für die Massen schon im Frieden; die brauchen keinen Krieg. Um so verwunderlicher war es, daß der Reichskanzler gemeint hat, im Sommer hätten wir der Volksstimmung nachgeben müssen und hätten von unserer grundsätzlichen Stellung gegen den Militarismus etwas aufgegeben. Ja, liegt er denn in hohen Finow keine Zeitungen? Weiß er denn nicht, daß wir in Deutschland, England und Frankreich gerade gegen den Krieg protestiert haben (Sehr richtig bei den Soz.) als Herr v. Kiderlen-Wächter es für richtig hielt, mit dem altdeutschen Kalbe zu plüßen. (Weiterkeit.) Und dazu nahm er in seinem staatsmännischen Gesicht einen Mann, der eine Broschüre geschrieben hat, die, wenn auch nur ein kleiner Teil des Volkes hinter ihr stände, den Weltkrieg entfacht hätte. Bei diesem Mann vertrieb er sich etwas chauvinistische Stimmung. Es ging Herrn von Kiderlen dann wie dem Zauberlehrling. Die Geister, die er rief, wurde er nicht mehr los. Herr v. Kiderlen hatte uns neulich erzählt, dreimal sei Herr Claß bei ihm gewesen, dies und jenes hätte er zu ihm gesagt, und wir möchten doch so freundlich sein, ihm das zu glauben. Wir waren auch dazu geneigt, aber jetzt kommt der Vorstand des Alldeutschen Verbandes und sagt wieder, das was Herr Kiderlen behauptet, sei nicht wahr. Wenn sollen wir jetzt glauben? Man wirft uns vor, wir seien antinational, weil wir international sind. Nach Herrn v. Kiderlen-Wächter sind diese beiden Worte identisch. Aber wenn alle internationalen Gruppen antinational wären, dann gäbe es viele Antinationale. Denn gibt es nicht eine schwarze

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(25. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Erna von Voltenhagen verstand das Kutschieren wie ein geübter, erfahrener Rosselenker. Sie sauste in schnellster Gangart dahin und überholte die vor ihnen fahrenden Wagen in kürzester Frist. Jetzt waren sie an der Lese. Der Leutnant war entzückt. Die halsbrecherische Fahrt hatte ihn, anstatt ihn zu ängstigen, in einen förmlichen Taumel versetzt.

„Sie kutschieren, wie —“ das richtige Vergleichswort fehlte ihm.

„Nun, wie?“

„Wie ein Engel,“ vollendete er, da ihm etwas Besseres nicht einfiel.

Sie lachte spottend.

„Aber Engel kutschieren doch nicht —“

Er beugte sich vor, um ihr bei dem Mondlicht in die Augen zu sehen.

„Schadet nicht,“ versetzte er übermütig. „Ein Engel sind Sie doch.“

Es flog wie ein Wetterleuchten über ihr Gesicht. Einen Moment lang sprühte es bedenklich aus ihren Augen. Aber schon in der nächsten Minute lachte sie ausgelassen, wie denn seit dem letzten Teil des Festes in ihrem Wesen etwas übertrieben Ausgelassenes, gesucht übermütiges lag, als wollte sie sich mit Gewalt eine heitere, lustige Stimmung aneignen, vielleicht um ernstere Gedanken und Empfindungen zu betäuben und zu ersticken.

„Nehmen Sie sich in acht!“ sagte sie lachend. „Wenn Sie mir Schmeicheleien sagen, werfe ich Sie in den Chauffeegegraben.“

„Nur zu!“ erwiderte er und schmiegte seine Schulter (ank) an die ihre.

Erna von Voltenhagen stieß einen Pfiff aus und hieb auf das galoppierende Pferd ein. Es war wirklich eine lebensgefährliche Fahrt. Gesprochen wurde kein Wort; es wäre auch kaum möglich gewesen, bei dem rasenden Tempo eine Unterhaltung zu führen.

Blötzlich zügelte sie das dampfende, keuchende Ross und rief ihm zugleich ein langgezogenes, zurückhaltendes „So — ho — zu.“

„Nun, warum sprechen Sie nicht?“ fragte Erna von Voltenhagen, ihrem Nachbar ihr Gesicht zuwendend.

„Nun, warum sprechen Sie nicht?“ fragte Erna von Voltenhagen, ihrem Nachbar ihr Gesicht zuwendend.

Der Leutnant tat einen tiefen Atemzug. Schon zeigten

sich die ersten Häuser der Stadt. Es war die höchste Zeit, wollte er seinen Vorsatz noch ausführen.

„Nun wage nicht zu sagen, was ich Ihnen sagen möchte.“

Sie sah ihn spöttisch von der Seite an.

„Ein Leutnant, der sich fürchtet! So was gibt's ja gar nicht.“

„Freilich! Also — wissen Sie, Fräulein Erna, ich möchte, diese Fahrt möchte gar kein Ende, und ich könnte mit Ihnen so durch das ganze Leben fahren.“

„Durch das ganze Leben? Das würde ich Ihnen nicht raten. Sie würden zuzeiten eine etwas schwierige Reisefahrtin an mir haben.“

Der ruhige, ernste Ton ihrer Stimme, der Umstand, daß sie seine feste Äußerung nicht mit Spott und Fronte aufgenommen, ermutigte ihn.

„Darauf möchte ich es schon wagen. Also, Fräulein Erna, wollen Sie?“

Er drückte sich in der Erregung des Augenblicks unwillkürlich noch etwas dichter an sie heran. Sie wich ihm nicht aus.

„Aber, mein lieber Herr Schöler,“ versetzte sie, immer durchaus ernst, „um eine ganze Lebensreise gemeinsam zurückzulegen, dazu gehört doch —“

„— daß man sich liebt.“ fiel er stürmisch ein. „Aber ich liebe Sie ja schon längst, Fräulein Erna, und ich wäre der glücklichste Mensch, wenn ich hoffen dürfte. — — Darf ich hoffen, Fräulein Erna?“

Er legte seinen Arm sanft um ihre Schulter. Wieder litt sie es ruhig. Schlicht, ohne leidenschaftliche Aufwallung, ruhig, fast kühl, erwiderte sie: „Ich habe Sie gern, Sie sind mir sympathisch.“

Er ließ sie nicht ausreden. Stolz und Freude wallten in seiner leicht erregbaren Brust.

„Erna, ich — ich bin ja so — so unendlich —“

Jetzt umschlang er sie mit dem andern Arm und beugte sich ganz zu ihr hinüber und küßte sie auf die Lippen, die nicht vor ihm zurückwichen. Und während sie den ersten Verlobungskuß tauschten, unspannten ihre zarten Finger die Zügel fest und sicher.

15.

Nach einer schlecht verbrachten Nacht erhob sich Helene müde und abgespant. Die Gedanken an das überaus schöne Erlebnis im Walde ließen ihr noch immer keine Ruhe. Ein paar mal schalt sie sich nützlich und schloß, daß sie eine vielleicht ganz zufällige Begegnung bei sich selbst verdächtigte. Auch die Idee, ihren Gatten offen zu fragen, kam ihr wiederholt, aber der Mut zur Ausführung fehlte ihr. Nachdem

Kuno sich nach seinem Amtsbureau begeben hatte, versuchte sie, zu müßigen, aber sie war zu zerstreut und zu unruhig, die Finger glitten müßig von den Tasten, und die Augen schweiften über das Notendblatt hinweg und richteten sich grübelnd ins Leere. Wenn Kuno und Ernas Zusammen-

treffen im Walde ein zufälliges gewesen, warum waren sie einzeln zu dem Bicknickplatz zurückgekehrt? Und was hatten sie so eifrig, so erregt und leidenschaftlich zu besprechen gehabt? Liebten sie sich? Aber wenn Kuno Erna von Voltenhagen liebte, warum hatte er denn um sie — Helene — geworben? War die Mitgift, die ihr in Aussicht stand, ausschlaggebend für ihn gewesen? Mit einem dumpfen Stöhnen schlug die Unglückliche ihre Hände vor das zuckende Gesicht, und ein vernichtendes Scham- und Schmerzgefühl senkte sich auf sie. So lag sie apathisch, ganz in sich zusammen-

gesunken, bis die Bergweilung sie wieder emportrieb. Nein, nein! Das konnte nicht sein, das war ja nicht möglich. So schimpflich lügen und betrügen, so schändlich sich verstellen konnte kein Mensch. Doch immer wieder kamen die Zweifel über sie und trieben ihr heiße Schauer des Entsetzens durch den Körper.

In der ersten Nachmittagsstunde kam ein Bote aus Selenes Elternhaus und brachte einen Brief von ihrer Mutter. Antwort sei nicht nötig, hatte das Mädchen gesagt. Mechanisch teilnahmslos öffnete Helene das Kuvert. Ihre Blicke flogen zerstreut über die Zeilen.

„Liebe Helene!“

In aller Eile die freudige Nachricht, daß sich Paul soeben mit Erna von Voltenhagen verlobt hat. Du kannst Dir denken, wie erfreut wir alle sind. Heute abend werden wir wohl alle bei Majors zusammen sein. Du erhältst jedenfalls noch nähere Mitteilungen. Für jetzt noch einen herzlichen Gruß.

Deine überglückliche Mutter.“

Selene saß sich mit beiden Händen an die Stirn. Das Blatt flatterte zu Boden. Mit einer unwillkürlichen, hastigen Bewegung bückte sie sich, um es wieder aufzuheben. Und abermals entfaltete sie es, um es noch einmal langsamer mit mehr Bewußtsein zu lesen. Tränen ungestümen Glücks schossen ihr in die Augen, der Wechsel von Schmerz und Freude war so jäh, daß sie ganz fassungslos war, und daß sich ihre heftige Gemütsbewegung in einem trampfartigen Schluchzen Luft machte. Und als bald darauf Kuno Wichard nach Hause kam, flog sie ihm, die schriftliche Botschaft ihrer Mutter in der Hand, stürmisch entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

Internationalen? (Widerspruch im Zentrum.) Gibt es nicht eine kapitalistische Goldinternationale? (Widerspruch bei der Reichspartei und den Naik.) Und ist nicht die Internationale der von allen Internationalen der königlichen Internationalen der Höhe, diese höchsten Herrschaften, die alle miteinander verwandt sind. (Widerspr. v. d. Konfess.) Wir aber sind international im Interesse der eigenen Nation. Wir sind international auf der Grundlage der Selbständigkeit jeder einzelnen Nation. (Beifall v. d. Soz.) Also mit diesem Vorwurf bleiben sie uns vom Leibe. Der frühere Reichstagspräsident Graf Schwerin-Löwitz hat es für taufend gehalten, uns ähnliche jämmerliche Vorwürfe auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftskongresses zu machen. Die 110 Sozialdemokraten seien Gegner des Vaterlandes. Aber das Vaterland ist doch unser eigenes Volk und wir sind doch gewiß nicht Gegner von uns selber (Heiterkeit und sehr richtig! v. d. Soz.). Was sind das für erbärmliche Agitationsmittel, mit denen dieser Grandseigneur gegen uns kämpft. Die Herren von der Rechten dagegen, die Junker, die pfeifen auf das Reich, wie ihnen noch Fürst Hohenlohe beifällig hat. Im Jahre 1907 ging ein Hoffnungsrausch durch ihr Lager. Fürst Bülow stand da als Triumphator im Glanz seines Sieges und rief aus: Bei der nächsten Wahl werde er uns noch ganz anders aufspielen. (Heiterkeit v. d. Soz.) Auf ihn folgte der Generalissimus des Reichsverbandes, Herr v. Liebert, der seine Siegesrede mit den Worten schloß: „Der 25. Januar war nicht nur ein Volkstgericht, sondern ein Gottesgericht. Da hub die Wage des Weltgerichts zum dritten Male der Herr des Lichts und warf den Drachen vom güldenen Stuhl mit Donnerkrachen hinab zum Pfuhl. Der Drache ist die Sozialdemokratie, legt sie nur zur Hälfte besiegelt, aber in 5 Jahren wird der Ritter Georg, das deutsche Volk, sich noch einmal einlegen und ihr den Rest geben. Schon heute rufe ich Ihnen für 1912 ein Vae victis! zu. (Wehe den Besiegten).“ (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Nun, die Manieren des Reichsverbandes haben sich bei den Wählern schnell überlebt. Herr Groeber will der Sozialdemokratie den Garaus machen, indem er die Bildung hintanhält und auf die Religion verweist. Die Volksbildung werden Sie nicht aufhalten können, und wenn Sie uns mit wirklicher Religion und praktischem Christentum kommen, nun, wir treiben es viel energischer als Sie. Graf Posadowsky will uns nicht mit Solinger Klängen sondern mit solonischer Klugheit vernichten. Der Kampf mit gelbem Wasser ist uns angenehm. Aber Graf Posadowsky's Aufführung der Massen besteht darin, daß er erzählt, wir wollten das gesamte Privatvermögen abschaffen und im Zukunftsstaat alle in gleicher Weise entlohnen. Ich werde ihm nachher ein Erfurter Programm überreichen und empfehle ihm, wenn er hier in die Arena springt, um wieder eine Zukunftsstaatsdebatte zu entfachen, sich vorher auch in Kautsky's Buch von der sozialen Revolution zu informieren. Wir sind keine Partei der Dogmen, das hat bei den Zukunftsstaatsdebatten schon Bebel in voller Klarheit ausgeführt. Noch eine andere Art unserer Bekämpfung empfiehlt Graf Westarp, der uns mit Gewalt niederzulegen will. Wie gerade die Herren von der Rechten den Mut finden von unserem Terrorismus zu reden, ist erstaunlich, denn ihr ganzes System beruht auf dem Terrorismus. (Lebhaft Zustimmung links.) Mit Gewaltmaßnahmen und Ausnahmeregeln versuchte es Bismarck als wir noch eine Seite waren und scheiterte daran. Und jetzt, wo wir 4 1/2 Millionen Wähler haben, will Graf Westarp sich hier als starker Mann vorstellen. (Große Heiterkeit links.) Aber es liegt System in dieser Taktik der Konterrevolution. Sie wollen die Regierung und die Krone vor dem roten Gespenst graulich machen, damit wir die Arbeiter vor die Kleinfälligen führen. Aber den Gefallen werden wir ihnen nicht tun. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Der Reichskanzler sollte sich doch mal die Frage vorlegen, warum auf seinen Antrag zur Einigkeit — der „Sozial-Anzeiger“ nennt ihn den Sammelruf des einsichtigen und weitblickigen Führers (Große Heiterkeit links) — die liberalen Parteien gacnicht hören können. Es war ja ebenso richtig wie falsch, als er dem Abgeordneten Baasche zurief: Hermann lehre zurück, es ist Dir alles vergeblich. (Schallende Heiterkeit.) Aber die Wirtschaftspolitik ist eine Verleumdungspolitik, eine Politik, die die großen Massen belastet, und unter der der Mittelstand am schwersten leidet. Deshalb können die Liberalen, unter deren Wählern sehr viele kleine Leute sind, dem Sammelruf nicht folgen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die liberalen Parteien müssen auch den Ausbau der Reichsverfassung fordern, eine Gleichberechtigung für den Zutritt zu den leitenden Stellen der Verwaltung in Preußen und im Reich. Aber auf die Anfrage der Liberalen antwortet der Reichskanzler: Verfassungserform — nein, Wahlreform — nein, Einschränkung der feudalen Bureaucratie — nein, und das nennt er dann Politik der mittleren Linie. (Große Heiterkeit.) Da hatte doch der Vorgänger des Herrn v. Bethmann die Dinge etwas tiefer durchschaut, als er das Experiment der Paarung von Kaninchen und Karpfen machte. Welcher waren keine Konzeptionen zwar nicht, und als er ernst machte, ist Fürst Bülow gefallen. Nicht an der Erbschaftsteuer allein, sondern in erster Linie ist er an dem Versprechen der Thronrede auf eine Wahlreform gefallen. Und Herr v. Bethmann steht ja offenbar nur noch auf seinem Blag, weil er sich gebunden hat, dies Versprechen in die Verleumdung verschwinden zu lassen. Der Reichskanzler hat dann den von uns gestellten ersten Vizepräsidenten wegen einer Äußerung auf das Hohenzollernhaus o. gegriessen. Er hätte mindestens auch daran erinnern müssen, daß die harten Äußerungen auf Gegenseitigkeit beruhen, und daß von der anderen Seite Äußerungen gefallen sind, gegen die sich die Worte Scheidemanns noch schmach ausnehmen. (Lebh. Zustimmung v. d. Soz.) Der Reichskanzler hat auch eingegriffen, daß dem Präsidenten und zweiten Vizepräsidenten die nachgehende Audienz verweigert werde. Als es anfangs hieß, es handelt sich um einen persönlichen Akt des Kaisers, dachte ich an das Wort Bülow's, der Kaiser ist nicht so Heilich. (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Die Verweigerung der Audienz soll ja eine Breißen auf den Reichstag sein, es würde seiner Würde nicht entsprechen, wenn er derartigen Breißenversuchen nachgibt. (Sehr gut! bei den Soz.) In der republikanischen Senkung der Sozialdemokratie soll ihre Mitarbeit scheitern. Bei der einjährig-lösunglichen Verfassungsreform hat man danach nicht gefragt. Ein theoretisches Verbot hat man nicht gegeben, selbst Bismarck hat ja auch für Grund gegen uns der, daß unter Einfluß in der Sozialpolitik Opfer gefordert, von denen, die opfern können. Die Konsequenz der allgemeinen Schulspflicht und allgemeinen Wehrpflicht ist, daß der Wille der Masse höchsten Befehl wird. Erst in diesen Tagen ist eine Minderheitsmonarchie zusammengebrochen, in China, weil sie nicht verstanden hat, daß den Notwendigkeiten der Zeit anzupassen. (Sehr gut! links.) Auch die preussische Mandatung wollen den Monarchen lediglich als Instrument ihres Willens benutzen. 1807 sagten Stein und Hardenberg zum Könige von Preußen, man sollte ja nicht zurück von dem Hauptgrund der möglichen Freiheit und Gleichheit. Wo ist der Staatsmann, der heute dem König solchen Ratsschlag geben würde. Ein einjähriger Staatsmann würde sich sagen, daß eine Verleumdung mit der Monarchie nur denkbar ist, wenn man das Volk eine demokratische Verfassung gibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Als sich in England vor ein paar Jahren die Gegenseite zu spüren, stellte sich der Monarch nicht auf die Seite der Lords, sondern auf die der Volksmehrheit. Diesen Rat sollten auch unsere Minister den Monarchen geben. (Sehr gut! links.) Hinter den Verfassungsanträgen steht die große Mehrheit dieses Hauses und die überwältigende Mehrheit der Wähler. Die ablehnende Haltung des Reichskanzlers ist die Kriegserklärung an den Volkswillen. (Sehr wahr! links.) Wir sind bereit zur positiven Mitarbeit, Herr von Bethmann läßt absolute Verneinung. Gelingt es trotz eines geschlossenen Zusammengehens der auf dem Boden dieser Anträge stehenden Abgeordneten nicht, den Widerstand der Regierung zu überwinden, dann haben wir ein gutes Gewissen, dann wird es Neuwahlen und ein neues Volksgericht geben. Versagt der Liberalismus diesmal, dann kann er sich begraben lassen. Natürlicher würde so die soziale Frage nicht gelöst, aber die Voraussetzung für eine friedliche Weiter- und Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse geben. Die Millionen, die bedrückt und bevormundet sind, wollen aufsteigen zu menschenwürdiger Existenz. Die Sozialdemokratie ist unüberwindlich, weil ihr Ziel die Beseitigung des Zwangs zur Massenarmut, die Entfaltung aller Kräfte und aller Glücksmöglichkeiten ist; mit ihren vorrösteren und vermodernten Waffen kann die Regierung die Sozialdemokratie an der Erfüllung ihrer weltwirtschaftlichen Mission nicht hindern. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Dr. Schiffer (Naik): Ich kann nur die Darstellung Baasche beifällig, Herr Bebel muß sich getrt haben. (Hört, hört! rechts.) Seine Darstellung reicht nicht bis zu den bei der letzten Besprechung ausgetauschten Erklärungen. Bebel's Äußerungen bei dieser Besprechung konnten nicht anders aufgefaßt werden als dahin, daß der sozialdemokratische Vize-Präsident im Falle der Behinderung des ersten Präsidenten bereit sein werde, den Besuch bei Hofe zu machen und das Kaiserhoch auszubringen. (Hört, hört! rechts.) Ich habe damals ausdrücklich festgestellt, daß diese Äußerung gefallen ist. (Bebel: Das ist nicht wahr.) Bieleicht erinnert sich Bebel an seinen Scherz, er könne nicht dafür garantieren, daß an dem entscheidenden Tag der sozialdemokratische Vizepräsident wegen einer Darmverstopfung (große Heiterkeit) die Leitung nicht übernehmen könne. Ich muß ja jetzt annehmen, daß Bebel's Erklärung, die er vergessen haben muß, dem Willen seiner Partei nicht entspricht. Von dieser sehr erfreulichen Erklärung nehme ich an, daß sie geeignet ist, unsere politischen Entschlüsse für die Zukunft außerordentlich zu erleichtern. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Bebel (Soz.): über die Erklärung des Abg. Schiffer bin ich einfach starr. Es ist fast kein wahres Wort daran. (Stürmische Heiterkeit. Große Bewegung.) Als wir am 7. Februar von den nationalliberalen Herren gefragt wurden, ob wir die staatsrechtlichen Verpflichtungen für den von uns beanspruchten ersten Vizepräsidenten übernehmen, erklärten wir: Selbstverständlich; worauf die Herren meinten, mehr zu fordern hätten sie keinen Anlaß. (Hört, hört! rechts.) Freiherr von Hertling erklärte, er könne über die Stellung seiner Fraktion ein Urteil nicht abgeben, ihm sei die Übernahme der höchsten Verpflichtungen wesentlich. Wir erklärten ihm, eine Änderung in unserer Haltung beim Kaiserhoch würde nicht eintreten. Bei einer weiteren zwanglosen Unterhaltung sagte ich, von einer Teilnahme an höchsten Veranstaltungen könne untererleits keine Rede sein. Und jetzt erklärt Herr Schiffer das Gegenteil! Ich habe nur gesagt, für den kranken Präsidenten müsse der Vizepräsident eintreten, von Hofgänger und Kaiserhoch war keine Rede. Als die entscheidende Stunde gekommen war und wir keine Erklärung abgaben, daß wir uns an höchsten Veranstaltungen nicht beteiligen, erklärte uns Herr Schiffer, die Nationalliberalen könnten keine Erklärung dahin abgeben, daß sie, wenn wir auch bereit sind, ihren Kandidaten zum Präsidenten zu wählen, für die Wahl unseres Kandidaten zum ersten Vizepräsidenten garantieren könnten. Darauf beschloßen wir, in allen Wahlgängen für unseren Kandidaten zu stimmen. Nachdem aber für unsern Genossen Scheidemann eine größere Anzahl Nationalliberaler gestimmt hatten, traten wir geschlossen für Herrn Baasche als zweiten Vizepräsidenten ein. So ist der Hergang und jede andere Darstellung muß ich unbedingt als unrichtig bezeichnen.

Baasche (Soz.): Herr Schiffer hat den grundlegenden Verhandlungen nicht beigewohnt, und die Erklärungen seiner Freunde bei diesen nicht gehört. Die Grundlage der Verhandlungen wurde wieder in Zweifel gezogen, als Herr Schiffer auf der Bildfläche erschien. Es ist nur nebenher vom Kaiserhoch gesprochen worden, ohne irgend etwas zuzugewinnen. Bei Herrn Schiffer war der Wunsch der Vater des Gedankens. Weil er wünschte, daß die Sozialdemokraten eine Erklärung in seinem Sinne abgaben, hat er die scherzhafte Bemerkung Bebel's in seinem Sinne gedeutet, d. h. mißdeutet. (Bravo! v. d. Soz.)

Abg. Gröber (Ztr.): Nach meiner Erinnerung hat sich Bebel's Erklärung mit denen gedeckt, was Herr Schiffer hier angeführt hat. Dagegen haben die Herren ausdrücklich erklärt, sie könnten sich nie damit einverstanden erklären, ohne die Zwangslage einer Behinderung des Präsidenten durch Krankheit zu Hinzuzugehen.

Abg. Schiffer (Naik): Herr Gröber hat meine Darstellung beifällig. Jedenfalls wissen wir für die Zukunft ganz genau, was wir nun von den Herren Sozialdemokraten zu erwarten haben. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Junck (Naik): Ich habe die Bebel'sche Erklärung, ein sozialdemokratischer Vizepräsident werde sich bei Behinderung des Präsidenten der Verpflichtung, ein Kaiserhoch auszubringen, nicht entziehen, nicht als Scherz auffassen können.

Bebel (Soz.): Ich bestreite auf das entschiedenste, daß die Darstellung Junck's richtig ist. Können Sie (zu den Nationalliberalen) bestreiten, daß Sie, nachdem wir uns bereit erklärt hatten, die staatsrechtlichen Verpflichtungen zu übernehmen, erklärten, Sie könnten von uns sonst nichts verlangen. (Zurufe von den Naik.) Na, das bestreitet er nicht. Unter klarem Verhalten hat doch die Nationalliberalen bestimmt, die Verpflichtung, unseren Kandidaten zu wählen, abzulehnen. Wie kann man also behaupten, wir hätten uns zum Hofgang verpflichtet? Das eine weiß ich: Mit den Nationalliberalen lassen wir uns nie mehr in Verhandlungen ein! (Bravo! bei den Soz. Große Heiterkeit und lebhaftes Zurufe.)

Müller-Meinungen (Sp.): Es ist überaus traurig, daß im deutschen Parlament vertrauliche Gespräche öffentlich diskutiert und dabei die Glaubwürdigkeit von Abgeordneten angezweifelt wird. Besonders traurig ist das, wenn es einem Manne von dem hohen Ansehen und dem Alter Bebel's geschieht. Aber nach meiner Erinnerung kann ich nur bestätigen, was Herr Gröber ausgezagt hat. Damit schließt die Debatte.

Erzberger (Z.) erklärt persönlich, daß für ihn die Frage gelte, ob er amtlichen Mitteilungen über den im vorigen Jahr drohenden Weltkrieg oder Mitteilungen englischer Staatsmänner mehr Glauben beizumessen habe. Der Etat geht an die Budgetkommission.

Die Anträge der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberalen und des Zentrums auf Änderung der Geschäftsordnung werden auf Antrag des Abg. Spahn (Z.) an die Schlußkommission übergeben.

Es folgt die Beratung von kolonialen Rechnungssachen.

Postle (Soz.): Der unhaltbare Zustand, daß sich der Reichstag mit 5-6 Jahre alten Rechnungen befassen muß, muß endlich aufhören. In den Kolonien ist bis in die neueste Zeit ganz ungenügend gemittelt worden. Der Rechnungshof muß die Wichtigkeit unserer Kritik befestigen. Der Rechner führt eine Reihe von Beispielen solcher Mißwirtschaft an und bedauert, daß der Reichstag gar keine Möglichkeit hat, die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen.

Erzberger (Zentrum) äußert sich in dem gleichen Sinne.

Unterstaatssekretär Conze vom Reichskolonialamt meint, daß die erhobenen Vorwürfe meistens auf Mißverständnissen beruhen.

Nachdem Erzberger nochmals gegen diese Zustände gesprochen und ein Regierungskommissar erklärt hatte, daß der Rechnungshof in Zukunft seine Bemerkungen dem Reichstag viel eher werde zugehen lassen können, werden die Rechnungssachen an die Rechnungskommission überwiesen.

Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen der Fortschrittler und Sozialdemokraten betreffend die Aufhebung der Zölle auf Kartoffel und Futtermittel.

Schluß 8 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Agarische Poesie! Diese Woche steht Berlin im Zeichen des Agrarierturns. Der Bund der Landwirte hält seine große Bundesversammlung und danebenherlaufend eine ganze Menge Veranstaltungen der einzelnen agrarischen Organisationen ab. Die „Deutsche Tageszeitung“ widmet dem Agrarier in ihrer Sonntag-Ausgabe zwei poetische Begrüßungen, deren einer wir folgenden Vers entnehmen:

Der Landbund, der Landbund!
Und wenn das östliche Geschmeiß,
Das nichts von Landmanns Ernteschweiß,
Und nichts von deutscher Treue Preis
Von Wechsellern nur und Schachern weiß,
Den Namen hört, wird's freibeweiß!

Wir glauben, diese kleine Probe aus der agrarischen Poesie wird vollständig genügen, und sie erinnert außerdem lebhaft daran, daß wir in der Zeit des Faschings leben, in der das Treiben der Narren am tollsten zu sein pflegt.

Politische Sherlock Holmes. Aus Indianapolis wird telegraphiert: Im Bureau des Vorsitzenden des internationalen Verbandes der Brücken- und Eisenbahnarbeiter, Ryan, der am 13. Februar im Zusammenhang mit den Dynamitattentaten der Brüder Mc. Namara verhaftet wurde, hatten Detektives unter dem Schreiberpulte einen Diktographen angebracht, dessen Drähte zu einem Raum unter dem Bureau führten. Hier nahmen Stenographen alles auf, was in dem Bureau in den Sitzungen des Verbandes zwischen den Arbeiterführern und ihren Anwälten geredet wurde. — Wunderbare Leistung der im Sold der Unternehmer stehenden Pinkertons! Aber es ist zu vermuten, daß sie ihren Zweck, „Material“ gegen die Gewerkschaftsbeamten zu sammeln, auf viel einfachere Weise erreichten, als durch eine Hochdruckmaschine im Verbandsbureau. Sie konnten ja einfach selbst in den Diktographen hineinreden, was sie für nötig und zweckdienlich hielten. Wie die Erfahrung lehrt, verstehen sich die Pinkertons auf derartige Kunststücke gut.

Kleine Nachrichten. Montag nachmittag versuchte in Berlin der 25jährige Lötzer Brandenburg der 23jährige Kaffierin Kirschke in einem Automaten-Cafe am Kottbusser Damm zu erschließen und verwundete sie am Kopfe schwer. Der Täter wurde verhaftet. — Der Händler Döring wurde wegen Diebstahls, bezogen u. a. im Reichskanzlerpalais, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Verurteilung des Döring erhob sich der verurteilte und freigesprochene Arbeiter Schulz und rief, auf Döring zeigend: Dieser Mann ist der Mörder des Witwe Hoffmann aus der Blumentalerstraße. Die Kriminalpolizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet. — Aufklärung der Schulz'schen Mordaffäre. Aus Zittau wird mitgeteilt: Der am Sonntag unter dem Verdacht den Mord an der Juwelierfamilie Schulz in der Alten Jakobstraße in Berlin verübt zu haben, verhaftete Schlosser Trentler hat am Dienstag vormittag eingestanden, daß er der alleinige Täter sei. Er habe die Frau zunächst mit einem Dorn niedergeschlagen, dann die hinzukommende Tochter ermordet und zuletzt den Juwelier. Er behauptet, er habe nur einen Diebstahl ausführen wollen, wobei er überrascht worden sei. Er hielt sich nach der Tat noch einige Zeit in Berlin auf und ist erst am Sonntagabend nach Zittau gefahren. — In dem Dresdener Borort Hockhal erschloß aus Eifersucht der Former Deeger seine Braut, die Tabakarbeiterin Kanegieher, und dann sich selbst. — Durch zu frühes Losgehen eines Sprengschusses wurde im Hohenthorst bei Giesleben einem Bergmann der Kopf vom Kumpf gerissen. Zwei Vergleute wurden schwer, vier leichter verletzt. — Um an den Fastnachtsfreuden in Zrier teilnehmen zu können, entfernte sich der Kanonier Marwand aus seiner Garnison Saarlouis. Als gestern nachmittag seine Festnahme erfolgen sollte, sprang er in voller Uniform von der Moselbrücke und ertrank in dem hochgehenden Fluß. — Der Pfarrer Ostersee in Friesland ist unter dem Verdacht, seine Frau ertränkt zu haben, verhaftet worden. Er war wegen Liebesabenteuern von der geistlichen Obrigkeit bereits bestraft worden und sollte vor kurzem entlassen werden. Trotz stark belastender Momente hat der Pfarrer kein Geständnis abgelegt. — In der Diamant-Avenue in Brüssel ist ein im Neubau befindliches Wohnhaus eingestürzt, während sich zehn Arbeiter im Innern des Hauses befanden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort unter Mithilfe von Soldaten, einer in der Nähe gelegenen Kaserne in Angriff genommen. Nach einiger Zeit konnten die Arbeiter unter den Trümmern hervorgezogen werden. Zwei waren bereits tot; drei sind schwer und die übrigen leichter verletzt. — Ein furchtbarer Selbstmord wurde in der St. Polykarpus-Kirche zu Lyon verübt. Eine 30-jährige Frau gab sich beim Taufbecken am Eingang der Kirche eine Flasche Gift über Kopf und Kleider und zündete die Flüssigkeit an. Auf ihr Geschrei eilten die in der Kirche Anwesenden herbei. Jede Hilfe war jedoch vergeblich. Die Frau verschied nach wenigen Minuten. Nach den bisherigen Feststellungen glaubt man, daß die Selbstmörderin in einer Privatirrenanstalt in Villeurbanne in Pflege gewesen und daraus entflohen ist. — Das Schleppliff „Chingow“ der Frawaddy Flottille Company scheiterte einige Meilen von Rangoon. Ungefähr 50 Personen sind ertrunken. Man glaubt, daß das Schiff in einen starken Strudel geraten ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Schmitt in Lübeck.

